

Kommunistische Weltbewegung

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preisprospekt: frei. Preis monatlich 2,50 Mark, durch die Post bezogen 2,80 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlagsbuchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg, 4000 Halle, Verdenstraße 14.

Abzugspreis: 13 Goldsterning 1 d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldsterning 1. Klasse im Textstil. Anzeigensätze zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2201. Telegramm-Adresse: „Klassenkampf“ Halle. Bankkonto: Commerz- u. Vereinsbank Halle. Verlagsnummer: 100548. Adress Kreis 2006.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, den 19. November 1925

5. Jahrgang + Nr. 258

Die Kommunisten aller Länder gegen Locarno

Erklärung der Brüsseler Konferenz

Die Konferenz in Brüssel vom 10. bis 12. November, an der Vertreter der kommunistischen Parliamentsfraktionen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Hollands, Italiens, Polens, der Tschechoslowakei und der Schweiz teilgenommen haben, hat zum Pakt von Locarno folgende Erklärung beschlossen, die in allen Parlamenten bei der Behandlung dieser Frage abgegeben werden soll:

Der sogenannte Friedenspakt von Locarno ist in Wirklichkeit eine neue Etappe in der immer stärker hervorbrechenden Umgruppierung der imperialistischen Mächte.

In den Vereinigten Staaten Amerikas herrschende imperialistische Gruppe arbeitet auf eine gewisse Konsolidierung der kapitalistischen Weltmacht hin, um die Zerschlagung und die Ausbeutung der arbeitenden Massen in den verschiedenen europäischen Ländern aus politisch sicherheitspolitischen und besonders aus dem Wunsch nach der Annahme des Völkerbundes in Deutschland angelegte Kapital zu sichern. Wichtigste Mächte der Vereinigten Staaten sind Garantien gegen die kommunistische Gefahr und gegen Sowjet-Rußland.

Für die britische Bourgeoisie ist Locarno ein Mittel zur weiteren Fortführung der Vormarschpolitik Frankreichs in Europa und zur Vorbereitung ihrer eigenen Segnungen. Durch Annäherung der inneren und äußeren Schichten der französischen Bourgeoisie ist es dem britischen Imperialismus in Locarno gelungen, die politischen Folgen des Völkerbundes zu neutralisieren und Frankreich zur Aufgabe seiner selbständigen Politik gegen Deutschland zu zwingen und Deutschland selbst in den von ihm seit lange vorbereiteten

Rußlands besetzt, desto früher tritt auch der Wille der westeuropäischen Bourgeoisie und namentlich Englands hervor, die proletarische Herrschaft in Sowjet-Rußland niederzuwerfen.

In Afrika und Asien rebellieren die durch den europäischen Imperialismus unterworfenen Völker und Bauernmassen und streben in national-revolutionäre Bewegungen ein (China, Indiens, Indien, Serbien, Marokko, Ägypten usw.) Aber je mehr die seit Jahrhunderten durch den Imperialismus unterdrückten Kolonialvölker erwachen und den Kampf für ihre Befreiung vom imperialistischen Joch aufnehmen, desto mehr zittert der Imperialismus an den Wurzeln seiner kolonialen Erwerbungen. Deshalb gewinnt es auch England, der an dieser Unterwerfungspolitik am meisten interessierten Macht, die westlichen Bourgeoisien für ihre Einreisungs- und Angriffspolitik gegen Sowjet-Rußland zu gewinnen.

Da andererseits die imperialistischen Gegensätze zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten sich immer mehr verschärfen und alle imperialistischen Großmächte ihre Kräfte zur Führung eines neuen großen Krieges fortsetzen, dient Locarno keineswegs der Vorbereitung des Friedens, sondern im Gegenteil der Vorbereitung des Krieges.

Es ist klar, daß, sobald der nächste größere imperialistische Konflikt zum Ausbruch kommt, der Vertrag von Locarno bedeutungslos werden wird. Auch nicht einmal durch seinen formalen Charakter bildet dieser Pakt eine Garantie gegen die Entstehung eines neuen Krieges. In einem Pakt vom Jahre 1914 würde er A. B. kein Hindernis für die Kriegserklärung gewesen sein.

Der Völkerbund ist ein Organ, mit dem die kapitalistischen Mächte unter dem Vorwand einer politischen „Völkervereinigung“ ihre alte imperialistische Unterwerfungspolitik fortsetzen. Die Haltung des Völkerbundes in den Streitigkeiten über das Saargebiet, über Dänemark, Polen, Serbien, Estland und Litauen, sowie gelegentlich des italienisch-griechischen und des englisch-japanischen Konfliktes und zuletzt anfänglich der Vorkommnisse in Marokko und China beweist, daß

der Völkerbund in erster Linie ein Werkzeug der herrschenden kapitalistischen Großmächte darstellt.

So bedeutet Locarno nicht nur eine neue schwere Gefahr für Sowjet-Rußland, sondern auch eine neue etliche Bedrohung aller unter der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung leidenden werktätigen Massen. Wenn die Führer der sozialistischen Internationale für den Pakt von Locarno eintreten, so legen sie damit nur ihre alte Politik der Unterwerfung der kapitalistischen Massen fort. Sie werden und müssen bemüht die imperialistischen Massen gewisser Schichten von Arbeitern und Kleinrentnern, um so die imperialistischen und antirevolutionären Politik ihrer Bourgeoisien vorzubereiten zu lassen.

Angelehnt an die antirevolutionäre Politik der imperialistischen Mächte und gegenüber den Kriegsvorbereitungen gegen das proletarische Rußland genügt es nicht mehr, nur immer lauter den Ruf zu erheben: „Hände weg von Sowjet-Rußland!“, sondern es muß auch und wirklich gehandelt werden.

Die breite, einheitliche Massenbewegung des gesamten internationalen proletarischen Proletariats

geschaffen werden. Es gilt jetzt ein starkes Bündnis mit den Arbeitern und Bauern Sowjet-Rußlands zu schließen und mit allen Mitteln alle Bewegungen und Erhebungen der unterdrückten Arbeiter- und Bauernmassen in den Kolonien zu unterstützen.

Der Kampf gegen die Kriegspolitik der Bourgeoisie muß in den werktätigen Massen ein immer härteres Gesicht finden. Die Kampf des Proletariats gegen die Kriegspolitik der kapitalistischen Staaten muß immer breiter, tiefer und gewaltiger werden und zum Siege der Arbeiterklasse führen.

Nieder mit dem Pakt von Locarno!

Nieder mit den Verträgen von Versailles, St. Germain, Neuilly und Trianon!

Nieder mit dem kapitalistischen Völkerbund!

Nieder mit allen Kolonial-Mandaten!

Nieder mit der Konfessions-, Reparations- und Danes-Politik!

Streichung aller Kriegsschulden und Reparationen, sowohl für die besiegten Völker, wie für die Siegerkanton!

Es lebe die Einheitsfront der Arbeiter- und Bauernmassen aller Länder!

Es lebe das Bündnis des europäischen Proletariats mit den Arbeitern und Bauern Sowjet-Rußlands und aller Kolonialgebiete!

Es lebe die Unabhängigkeit der heute kolonialisierten Völker!

Es lebe die kommunistische Internationale!

(Beschlüsse über den Abstammung und zur Frage des Lokalismus auf der 3. Seite.)

Das politische Ergebnis des Zentrumsparteitag

Halle, 19. November.

Obgleich das Zentrum sich hauptsächlich auf Hunderttausende von katholischen Arbeitern im Westen und in Oberdeutschland stützt, war auf dem Reichsparteitag dieser Partei von einer Arbeiteropposition oder von dem Auftreten auch nur eines Vertreters der arbeitenden Klasse, der proletarische Forderungen angemeldet hätte, keine Spur.

Dafür aber wurden äußerlich sehr heftige Kämpfe ausgetragen über die formalen Fragen der Monarchie oder Republik, der Reichsfinanzfrage oder der Weimarer Koalition. Man konnte drei Richtungen unterscheiden:

Wirth ist derjenige, der nur mit links regieren möchte, d. h. links in dem Sinne, daß er entweder die Weimarer Koalition oder zum mindesten die Große Koalition wünscht. In der Mitte ungefähr steht der Reichsbanner-Mann, eine sehr schwache Kraft, der von einer Volksgemeinschaft träumt und, da ihm diese natürlich nicht gelingt, unbedingte zur Reichsfinanzfrage greift. Daß er sich trotzdem manchmal einem demagogischen Reichsbanner-Kabulismus hingibt, macht diesem Mann weiter keine Verdienste. Ganz rechts steht dann der Führer der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, den Dr. Wirth nicht im Mindesten als den eigentlichen Führer des Zentrums betrachtet hat. Dieser Stegerwald ist der genaue Antipode der Großindustriellen und Großagraren der Zentrumspartei, deren Herz zu den Denkfunktionen hinneigen wird. Ohne daß die Arbeiter und die Bauern auch nur ein einziges Mal das Wort ergreifen, verliert es dieser Stegerwald außerordentlich schnell, die Geschäfte seiner Herrschaft zu betreiben, wobei eben nur die Eingeweihten die Regeln merken.

Auf welcher Seite hat man sich nun geneigt? Die Einigungsresolution belagert ungefähr folgendes: Das Zentrum ist eine Verfallenspartei. Es kann grundsätzlich jede Staatsform bejahen. Jetzt sei die Weimarer Verfassung die gezielte. Also ist sie maßgebend. Und um schließlich alles gerichtet zu werden, fanden die Marx und Zehrenbach die sehr bequeme Formel, daß man die Zeit auslassen möchte, sowohl nach links wie nach rechts. Will man nun zum mindesten, vorher entschiedene die jeweilige Situation. Das sozialistische Element der Einigung aber war die antempiristische Linie der Einigungsresolution des Dr. Wirth. So sehr man sich auch in den rein formalen Angelegenheiten der Innenpolitik nicht einig war, in puncto Locarno blieben Stegerwald wie Wirth in ein und derselben Form. Und dann schied sich die Partei in dem Vorhinein der Herrlichen Schulorganisationen Marx angehängten Kulturkampagne von der Reichsbannerpartei der Familie und von dem Schluß für „unser heiliges Vaterland“ das einigende Band, das alle von Stegerwald bis Wirth umspannt.

Warum sollten sich denn auch diese Leute nicht einigen? Wirth hat aber auch nicht im geringsten dem Zentrum rechtens beizugehen. Eine Kritik an dem politischen Inhalt der demagogischen Einigungsresolution im vergangenen Sommer, eine Kritik an der Unterwerfung der werktätigen Massen, an der Brotverweigerung durch die Zollgebe, an den sozialistischen Elementen in Geleit mit ihrer übermäßig langen Arbeitszeit, ihren menschenunwürdigen Löhnen, eine Kritik an den Folgen der Danespolitik, die ganz einseitig auf dem Proletariat lasten, eine solche Kritik hat Dr. Wirth auch nicht im geringsten verurteilen lassen, obgleich doch das gerade der Inhalt der Ablehnung der Zentrumspartei ist.

Dafür hat er dann um so ausgiebiger über den „Geist der Republik“ gesprochen, der in das Zentrum einziehen würde. Und warum will er diesen Geist? Sorgen wir es in seinen eigenen ungeliebten Worten:

„Meine Herren Mitglieder in der Zentrumspartei, es ist eine Unmöglichkeit von Ihnen, mich zu befehlen, der ich eine solche antirevolutionäre Arbeit geleistet habe. Und Sie meine Herren an Stegerwald, verzeihen Sie nicht, daß es an den deutschen Katholiken liegt, ob die deutsche Republik antirevolutionär wird oder nicht. Wenn Sie den Weg nach rechts wie leider die französischen Katholiken, dann wird die Kirche bei uns dieselben Anfeindungen erfahren wie in dem göttlichen Frankreich. Sorgen Sie dafür, daß nicht Millionen aus der Zentrumspartei, die der Dorn der Ordnung und Stillsitzens ist, durch einen Rechtskurs herausgetrieben werden und dem Kapitalismus anheim fallen. Ich für meinen Teil denke nicht daran, auch nur einen einzigen Mann aus dem Zentrum herauszuführen.“

Man kann neben diese in frappe Worte zum wenigsten die Pläne aller Herren Wirth nach den einen Satz von Stegerwald stellt, der da lautet: „Verzeihen Sie nicht, daß es eine Notwendigkeit ist, mit den Denkfunktionen in den christlichen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, denn geben die christlichen Gewerkschaften zu Grunde, dann ist auch das christliche Bürgerum erledigt.“ Dann hätte man sofort die Verbindungsliste, die trotz aller Fraktionsstreitigkeiten von Wirth zu Stegerwald führt. Beide haben sie ein und dasselbe Ziel. Die Stegerwald es lagte: Er wolle managen, da es nicht anders gehe, auf trümmen Wege zum Ziel gelangen, Wirth aber sei durchaus darauf erpicht, immer den schnurgraden Weg zu gehen, sonst sei Wirths Ziel auch das seine.

Zunächst, beide haben das Ziel im Auge, die proletarischen Wählermassen des Zentrums möglichst tief an den Reichsfinanzfrage zu ziehen. Wirth glaubt das am besten erreichen zu können durch seinen

Blod gegen Sowjet-Rußland

eingesiedeln. Der britische Imperialismus arbeitet unermüdet darauf hin, die Sowjetmacht durch einen wirtschaftlichen und politischen Kampf zu untergraben. Er will unter allen Umständen in Sowjet-Rußland das Kriegszentrum für den Kampf der Kolonialmächte gegen die Unterdrückung durch den Imperialismus vernichten.

Die französische Bourgeoisie nimmt unter dem Druck ihrer amerikanischen und englischen Gläubiger dem Locarno-Pakt zu, ungeachtet ihres Wunschens, ihre alte imperialistische Bündnispolitik mit Polen, der Tschechoslowakei usw. fortzusetzen. Die diplomatische Allianz des marzallischen und des jüdischen Kapitalismus in der sozialistischen Krise, die Frankreich zuerst nicht, schließlich die Grundzüge des französischen Imperialismus und stellen seine europäische Vormarschpolitik in Frage. Ohne auf ihre weitgehenden imperialistischen Pläne zu verzichten, aber unglücklich, sie zuerst zu verwirklichen, muß die französische Bourgeoisie zugeben, wie sich ihre Mittelbündnisse mehr und mehr lösen.

Die imperialistische Weltkrise bedroht die deutsche Bourgeoisie sehr gegenüber den herrschenden imperialistischen Ländern ihre durch den Locarno-Pakt vornehmende Unterwerfungspolitik fort. Der Pakt von Locarno stellt für sie auf dem Wege der Auslegung des Versailles-Vertrages eine gewisse Bedrohung durch den englisch-amerikanischen Imperialismus dar. Er bewirkt, daß die werktätigen Massen in Deutschland mit Sowjet-Rußland in einem Bündnis in Frage, im Auftrag des britisch-amerikanischen Kapitalismus noch härter gezeichnet und geschneit werden.

Durch die Annahme des Paktes von Locarno, durch die verstärkte Bindung der deutschen Bourgeoisie an den britischen und amerikanischen Kapitalismus, durch die Unterwerfung des Reiches gegen Versailles werden die herrschenden Elemente einseitig der imperialistischen Weltmacht des kapitalistischen Führer weit schlimmer als je zuvor die nationalen und wirtschaftlichen Interessen der werktätigen Massen in Deutschland.

Durch ihren Eintritt in den Völkerbund bestimmt die deutsche Bourgeoisie

Deutschland im voraus zum Aufmarschgebiet und zum Schlachtfeld für den Krieg gegen Sowjet-Rußland.

Darüber hinaus verpflichtet sie sich, die arbeitenden Massen Deutschlands zum Kanonenfutter gegen Sowjet-Rußland zu misshandeln.

Weshalb ist auf der einen Seite der Pakt von Locarno eine gewisse Entspannung zwischen den imperialistischen Staaten in Europa, so bedeutet er andererseits ein ausgesprochenes Verschärfen der imperialistischen Gegensätze, die zwischen den imperialistischen Ländern im allgemeinen vorhanden sind. Wenn der amerikanische und der britische Imperialismus für das Zustandekommen des Paktes von Locarno zusammengezwungen haben, so geschieht dies nicht die Zwecke der Unterwerfung der gegenwärtigen imperialistischen Gruppen an.

Gegenüber dieser Umgruppierung der imperialistischen Mächte im Westen steigert sich die Macht der Arbeiter- und Bauernorganisationen Sowjet-Rußlands immer mehr. Der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung, den Rußland trotz der imperialistischen Sabotage der europäischen Bourgeoisie genommen hat, fortgesetzten Sabotage der europäischen Bourgeoisie hat dem richtigen zeigt, daß die Arbeiter- und Bauernrepublik sich auf dem richtigen Wege befindet. Aber je mehr sich die proletarische Macht Sowjet-

„proletarischen Geist“ und Stogewald durch die reale Politik des Bündnisses mit den Zentrumspartei... nach sowohl der Zentrumspartei als für die Industriellen und Großgrundbesitzer der Zentrumspartei unentbehrlich sind...

Die Dummheit und dabei selbstherrlich die Arbeiter des Zentrums. Es ist ihrer wahrhaftig unwürdig, wenn sie, die es durch ihre Hunderttausenden von Wahlstimmen ermöglichen, das Zentrum überhaupt parlamentarisch in einer solchen Stärke...

Das Resultat von Kassel ist eine dringende Warnung an die proletarischen Elemente im Zentrum. Was an den kommunikativen Elementen identische liegt, ist die tiefste selbstherrliche...

Der deutschnationalen Vorkrieg
Sie mimen „nationale“ Opposition

Neben dem Zentrumsparteitag, der in den letzten Tagen in Kassel stattfand, hatten in Berlin die Deutschnationalen ihren Parteitag. Im Mittelpunkt des deutschnationalen Parteitages stand die Rede des Grafen Westarp über die deutschnationalen...

Nach dem endgültigen Beschlusse des Reichskabinetts über Locarno?

Die amtliche Mitteilung, nach der das Kabinett noch keinen endgültigen Beschlusse über Locarno gefasst habe, soll den Eindruck erwecken, als hätte die deutschnationalen Partei sich im Reichstag...

Englische Sozialdemokraten gegen Locarno

Nach dem Daily Herald" beabsichtigt der Sozialdemokrat Webbemood am Mittwoch die Einbringung eines Antrages gegen Locarno. Die Regierung dürfe keine bewaffnete Garantie für die Grenzen...

Zusammentritt der Berliner Stadtverordnetenversammlung

Seit heute tritt die neuwahle Stadtverordnetenversammlung zum ersten Male zusammen. Der „Vorwärts“ behandelt aus diesem Anlaß in einem Leitartikel die Aufgaben der Versammlung und schreibt, daß es Aufgabe der Arbeiter sei, der Gemeinde zu geben...

Eine inopportunistische Kommunalwahl in Mecklenburg

In Schwane wurde die im November 1924 gewählte Stadtverordnetenversammlung in der neuen 11 Kommunisten 5 Sozialdemokraten und 9 bürgerliche Stadtverordnete lösen, vorgestern aufgelöst. Am Sonntag, dem 15. November, fand die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung statt...

Was wirken die Rückwirkungen?

Die Regierungspresse einseitig Sozialdemokratie preist den Friedensgeist von Locarno, der sich in der Stimmung der Röhrenzone und in den Willkürungen des Reichstages zeigt.

Die französischen Kapitalisten hoffen in den ersten vier Jahren nach Versailles, ihre Allein Herrschaft in Mitteleuropa aufrechterhalten zu können. Das Rhein- und Ruhrgebiet sollte dem französischen Wirtschaftsapparat einfließen werden.

Der französische Kapitalismus kann heute bei der veränderten Weltlage das Militärische Vorgehen ohne Schaden abbauen. Dazu kommt, daß nach dem Dawes-Plan die Entente den Reparationsplan im Rheinland eigentlich selbst zu zahlen hat.

Es bleibt dabei, daß die deutsche Bourgeoisie sich in Locarno für die Restrukturierung gefestigt hat, weil sie glaubt, damit ihr Kapitalinteresse zu wahren. Die Rückwirkungen haben die famolen Rückwirkungen wenig zu tun.

Sächsische Landtagsverhandlungen
Unter Kampfbangebot — Fortschreitende Zerfahrenheit der linken Führergaritur

Am Dienstag, dem 17. November, trat der Sächsische Landtag zum erstenmal wieder zusammen. Nach der Eröffnung des Landtages war die Kommunistische Partei an den Unbearbeitet-

Bei Beginn der Sitzung forderten die Kommunisten sofortige Stellungnahme des Landtages zur Notverordnung der sächsischen Regierung über die Amnestie, zu den von kommunikativen Fraktionen eingebrachten Annahmestellen und zu den anderen Anträgen der kommunikativen Fraktion über die sächsische Gefängnisreform.

Dieses Abstimmungsresultat zeigt aufs bestmögliche, daß sich die linke Führergaritur immer mehr zerfällt. Schon nimmt ein Teil dieser Führer zusammen mit den Rechten, ein anderer Teil, das personifizierte linke Gewissen, läuft davon und ein kleiner Teil sagt es, die Anträge der Kommunisten mit zu unterstützen.

Die bayerische Arbeiterkammer sammelt sich

In Cham (Oberpfalz) wurde ein Einheitskomitee gebildet, das sich in einem Aufruf an die gesamten Arbeiter Bayerns wendet. In dem Einheitskomitee sind beteiligt: die Ortsgruppen der SPD, KPD, Kleinbauern, Arbeiterverein, Ortsausschuß des DGB, Kriegsbeschädigte, Erwerbslosenaußenbü...

und proletarischen Arbeitern, das sich in einem Aufruf an die Arbeiterkammer und Kürschner, eine gemeinsame Kampfbangebot gegen Ausbeutung und Unterdrückung heizt.

Gehler und die SPD.

Die Enthüllungen des Herrn Emil Ludwig und Oberbürgermeister Dr. Luppe und die „Berichtigungen“ des Herrn Reichsminister Dr. Gehler haben bisher folgende Tatsachen zutage gefördert:

- 1. Um Herbst 1924 planten die bayerischen Monarchisten unter persönlicher Führung des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht einen Staatsstreich, der ihn an die Spitze des bayerischen Staates bringen sollte.
- 2. Um diese Pläne mußte die gesamte Reichsregierung, der Reichspräsident, die Demokratische und die Sozialdemokratische Partei, es ist selbstverständlich, daß auch das Zentrum davon wußte, da ja kein Parteivorsteher Marx damals Reichstagsler war, noch selbstverständlich, daß auch die Reichsparteien davon wußten, weil ja die bayerischen Monarchisten auf ihrer Unterstützung rechneten.
- 3. Alle diese Stellen: Regierung und Parteien — hielten die ganze Angelegenheit streng geheim, so daß erst am Jahrestag, durch einen Zufall, die Öffentlichkeit von dem beabsichtigten Staatsstreich etwas erfuhr.
- 4. Alle die Leute, die damals einen Staatsstreich vorhaben, dürfen es unbestimmt, von feinem Gericht belangt, von keiner Behörde gefoltert, weites frei und frei für ihre Ziele betätigen! Sowie die unbedürftigen Tatsachen!

Luppe behauptet weiter, der Reichsminister Gehler habe ihm seinen Zeitungsartikel, daß die Reichsregierung im Falle eines solchen Staatsstreiches neutral bleiben würde, weil man ja doch den Bayern auf die Dauer ihrer König nicht vornehmlich könne. Dies bestritt Gehler nach.

Aber Gehler hat mit seinen Dements noch gehabt. Das erstmal hat er ausgedient, das demontiert, was am wenigsten ist: „Von alle dem, was Herr Dr. Luppe dem Herrn Emil Ludwig erzählt hat, ist mir nichts bekannt“. Als dann aber Herr Luppe seine Angaben ganz konkret machte, mußte Gehler zugeben, daß er ein diesbezügliches Gespräch mit Luppe gehabt hat, nur bestritt er, daß er selbst „aktiv“ an dem Monarchistenverschwörung teilgenommen hat. Das aber hatte ja noch niemand behauptet; sondern die passiv „Neutralität“ genügt vollkommen für die Zwecke der bayerischen Königsmacher. Und darüber schweigt sich der Herr Reichsminister in allen sieben Sprachen aus. Dies spricht Bände!

Seitdem haben wir einen „Herr Gehler“.

In der gesamten Öffentlichkeit haben diese Enthüllungen der geistigste sehr großen Eindruck gemacht. In der Reichspresse ist verlegenes Schweigen; die Enthüllungen kommen den Reichsparteien um so weniger gelegen, als ja Herr Gehler sich des „Staatsbundes“ Rost nicht erheben, hinteren Methoden und was unter dem politischen Klippenschein, das Deutschland regiert, höher einer der perichyrischen und durchtriebenden.

Aber war denn Gehler der allein Schuldige?

Die gesamte Regierung Marx-Stresemann-Luther mußte doch auch von der Verschwörung gegen die Republik! Und hat geforscht! Und hat keinerlei Maßnahmen gegen die Verschwörer getroffen, sondern sie frei weiterlaufen und an der weiteren Vorbereitung ihrer Pläne arbeiten lassen! Wie ist der Staatsgerichtshof, der in weagen Begünstigung des Hochverrats zur Verantwortung zieht?

Was werden die „Reichsbonner-Kameraden“ sagen, wenn sie jetzt sehen, wie ihre Republik durch „passive“ Schuld der Inhaftierenden Parteien in die größte Gefahr gebracht wurde? Warum haben wir keinen mehr Demokraten, noch Zentrum, noch auch die Sozialdemokraten die Staatsrechtsabständer der Monarchisten enthielt.

Es gibt keine andere Sicherung gegen die monarchistische Gefahr, als durch die proletarischen Massen selber. So war es nach der Ermordung Rathenau und Erzberger, so war es im Rapp-Wall. So ist es heute.

Beschlüsse der Brüsseler Konferenz zum 8-Stunden-Tag und zu Eläß-Lothringen

Die Brüsseler Konferenz der kommunistischen Parlamentarier hat sich außer der wichtigsten Angelegenheit, des Locarno-Falles, auch mit dem internationalen Problem des Achtstundentages bzw. der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und mit der eläß-lothringischen Frage in eingehender Aussprache beschäftigt. Das Resultat der Beratungen über die zwei letzten Punkte ist in folgenden zwei Entschlüsse niedergelegt:

Resolution über den Achtstundentag und das Washingtoner Abkommen

Die Kapitalisten aller Länder heischen die gegenwärtig sich häufend verwickelnde Wirtschaftskrise zur Erreichung ihrer Interessen gegen die Arbeiterklasse. Ihre Vorzüge richten sich besonders gegen den Achtstundentag. Bedeutend wird die wirtschaftliche Lage durch die große Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern und durch die Tatsache, daß es in verschiedenen Ländern, insbesondere in Deutschland, unter Mühsal und der Reformen gelungen ist, den Achtstundentag gesetzlich und zum großen Teil auch in der Praxis zu bestätigen.

In dieser sich immer mehr zuspitzenden Lage kündigt der Internationale Gewerkschaftsbund für die Zeit vom 15. November bis 15. Dezember eine Aktion für die Ratifizierung des sogenannten Washingtoner Abkommens an. Nachdem durch direkte Aktionen das Protestieren des Achtstundentag in fast allen Ländern erzielt wurde, wurde dieses Abkommen auf einer Internationalen Konferenz von Regierungen und Gewerkschaftsvertretern im Jahre 1919 in Washington als erste internationale Maßnahme zur Abbremsung der revolutionären Bewegung beschlossen. Es bietet darum, selbst wenn es von allen Seiten ratifiziert würde, keinerlei Garantie für die Durchföhrung des Achtstundentages, werden doch so ihm:

1. folgende Arbeiterkategorien vom dem Abkommen völlig ausgeschlossen:
 - a) alle landwirtschaftlichen Arbeiter;
 - b) sämtliche Gemeindefe und Staatsarbeiter;
 - c) alle Arbeiter, Angestellte und Beamte des Handels (darunter fallen unter anderem Seuleute, Hafenarbeiter und fast sämtliche Transportarbeiter);
 - d) sämtliche Angestellte und Beamte des Reiches, der Länder und Gemeinden;
 - e) alle launmächtigen und technischen Angestellten und Beamte (sowie auch Richter, Arbeiter usw.) der Privatwirtschaft sowie alle Personen, die zum Unternehmer in einem Familienangehörigkeitsverhältnis stehen.

Das sind insgesamt 40 Prozent aller Arbeiter, für die durch das Abkommen von vornherein keine Festsetzung der achtstündigen Arbeitszeit in Frage kommt.

2. Sicht zwar der Artikel 2 des Abkommens für die übrigen Arbeiterkategorien den achtstündigen Maximalarbeitszeit vor, doch enthalten die Artikel 7 bis 14 eine Reihe derartiger Ausnahmeregelungen, daß auch für sie der Achtstundentag jederzeit außer Kraft gesetzt werden kann.

Die Ausnahmeregelungen lassen eine Heberhebung der achtstündigen Arbeitszeit in folgenden Fällen zu:

1. Unglücksfälle, dringliche Arbeiten an den Betriebsanrichtungen, höhere Gewalten (Art. 3);
2. bei Arbeiten, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Fortgang mit Schichtarbeit erfordern (Art. 4);
3. wenn sich die Bestimmungen des Art. 2 als un Durchführbar erweisen (Art. 5);
4. bei Vorbereitungs- oder Hilfsarbeiten sowie bei außergewöhnlicher Häufung von Arbeiten (Art. 6);
5. in den Art. 9 bis 13 werden für Japan, Ostindien, China, Persien, Siam, Griechenland und Sumatras noch besondere Ausnahmeregelungen erlassen, die die uneingeschränkte Ausbeutung der Arbeiter in diesen Gebieten gewährleisten;
6. die gesamten Bestimmungen können im Kriegsfall oder bei Ereignissen, die die Landesverteidigung gefährden, außer Kraft gesetzt werden (Art. 14).

Die beste Illustration für die Wirkungen nur allein des Art. 14 bieten die Maßnahmen der deutschen Regierung für den Fall einer Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland. Die Regierung sagt:

„Die Reichsregierung muß als selbstverständlich voraussetzen, daß zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Art. 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet.“

So erklären die deutschen Kapitalisten wie auch die Kapitalisten anderer Länder schon vor erfolgter Ratifizierung für sich das Recht, das gesamte Abkommen außer Kraft zu setzen. Aber selbst, wenn die Anwendung des Art. 14 nicht in Frage käme, genügen Art. 4 und 6, um jederzeit die achtstündige Arbeitszeit beliebig zu überheben, was durch die Praxis in Polen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern, in denen das Abkommen schon ratifiziert ist, bewiesen wird.

Trotz der Ausnahmeregelungen, trotz aller Einschränkungen, die den Kapitalisten ermöglichen, das Abkommen selbst nach erfolgter Ratifizierung vollkommen illusorisch zu machen, finden sie sich um die Ratifizierung. Die Kapitalisten wollen überhaupt keine Festsetzung der Arbeitszeit durch irgendein Gesetz, sondern die Dauer der Arbeitszeit ganz nach ihrem Willen bestimmen. Insbesondere

sind sie gegen eine internationale Bindung, weil sie darin eine Gefahr für die Kontinuität ihrer Lage sehen.

Um diesen Unternehmerwiderstand zu brechen, haben die englischen Gewerkschaften unter Burnell, Bramley und Cool den IGB, und die Gewerkschaften aller Länder wiederholt aufgerufen zur Bildung einer einheitlichen, zum Kampf entschlossenen Gewerkschaftenfront. Diese Front ist es, die, daß nur durch die Voraussetzung und die Garantie für einen erfolgreichen Kampf um den wirklichen Achtstundentag liegt. Diesen Vorschlag haben die Amsterdamer abgelehnt.

Wenn dagegen jetzt der Amsterdamer Gewerkschaftsbund und auch die Zweite Internationale als einzige Maßnahme gegen die nichterfüllte eines Kommando lediglich für die Ratifizierung des vollkommen unzulänglichen Washingtoner Abkommens durchzuführen wollen, so zeigt dies, daß sie keinen ernsthaften und entschlossenen Kampf um den wirklichen uneingeschränkten Achtstundentag führen wollen, ja, daß sie die Arbeiterklasse nur zum wirklichen Kampf ablenken wollen.

Ein erfolgreicher Kampf um die Erringung und Sicherung des Achtstundentages für alle Proletarier ohne Ausnahme kann nur geführt werden, wenn die Gewerkschaften und Parteien unter Mobilisierung der Proletarier in allen Ländern alle ihnen zur Verfügung liegenden Mittel einsetzen. Das heißt: keine Beschränkung auf das Washingtoner Abkommen, keine Beschränkung auf parlamentarische Aktionen, sondern Durchführung von breiten Kampfkämpfen für die wirkliche Sicherung des Achtstundentages. Die von den Amsterdamern angeführte Kampagne um die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens kann daher nur durch die Mobilisierung aller kommunistischen Arbeiter, das Signal zur Massenmobilisierung sein. In diesem Sinne beteiligen sich die Kommunisten in allen Ländern an der Kampagne um die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, um einen wirklichen Kampf für den Achtstundentag auszulösen.

Für die Unterstützung der Kampagne um den Achtstundentag werden die kommunistischen Parlamentarieraktionen bei der Debatte über die Ratifizierung in allen Ländern:

1. scharfe Kritik an diesem Abkommen üben;
2. die Bestimmungen über die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit bzw. Siebenundneunzig für Bergleute und Anwendung der Bestimmungen für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte ohne Ausnahme fordern;

In jenen Ländern, wo die Anwendung des Washingtoner Abkommens eine wirkliche Verbesserung für die Arbeiterklasse darstellen würde, wird die kommunistische Partei im Verlaufe der Organisation einer Kampagne für die Verwirklichung des Achtstundentages auch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch das Parlament als eine unmittelbare Forderung aufstellen müssen.

Die erste Voraussetzung für den vollen Erfolg des internationalen Kampfes um den Achtstundentag ist die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit nach dem Beispiel der englischen und russischen Gewerkschaften. Die internationale Konferenz kommunistischer Parlamentarier richtete daher an die Proletarier aller Länder den Appell, in diesem Sinne wirken und überall einzutreten für die internationale Gewerkschaftseinheit und damit für den uneingeschränkten Achtstundentag in allen Ländern.

Resolution zur Frage von Eläß-Lothringen

Die Konferenz der kommunistischen Parlamentarier aller Franzosen, Belgiens, Deutschlands, Englands, Polens, Hollands und der Schweiz, die am 10. bis 12. November in Brüssel verhandelt war, stellt fest, daß der französische Imperialismus trotz seiner gegenwärtigen Schwächen und die Beherrschung Eläß-Lothringens in diesen Gebieten lediglich seine eigene Diktatur an die Stelle der früheren deutschen Diktatur gesetzt und diese Diktatur sogar noch verschärft hat durch die härtere Entwertung harter Gruppen innerfranzösischer Verwaltungs-, Geneser- und Polizeibeamten, durch die Misshandlung der Landesbevölkerung, durch die härtere Entwertung eläß-lothringischer Soldaten an die kolonialen Kriegsschauplätze, durch die Senkung der Löhne bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von hohen eläß-lothringischen Sondersteuern und Sonderabgaben und endlich durch die Ausschöpfung einer Reihe von sozialen Entzogenheiten des eläß-lothringischen Proletariats.

In Anbetracht dessen, daß der Kampf zwischen dem französischen und dem deutschen Imperialismus um die Beherrschung Eläß-Lothringens um die Verwaltung der Gebiete und die wirtschaftliche Bevölkerung des Landes zu führen, erklärt die Konferenz, daß sie mit allem Nachdruck die angeblichen Rechte des französischen wie des deutschen Imperialismus auf das Gebiet und die Bevölkerung Eläß-Lothringens zurückweist und daß es einzig und allein dem eläß-lothringischen Proletariat an die Hand zu legen ist, um die Gebiete zu befreien, über sein eigenes Schicksal zu bestimmen, sogar die zur vollkommenen Trennung von jeder imperialistischen Großmacht, die es unterliegen will.

Die Konferenz billigt den Aufruf der kommunistischen Partei Frankreichs an den Arbeiter- und Bauernkampf in Ströburg, Metz und den Orten, die in der Besetzung des Gebietes bestanden, in Locarno gerichtet hat und in immer ein Selbstbestimmungsrecht der Eläß-Lothringier gefordert wurde.

Angesichts der fortwährenden Unterdrückung der eläß-lothringischen wertvollen Bevölkerung unterliegt die Konferenz deren Forderung auf sofortige Beibehaltung eines Volksreferendums, bei der der eläß-lothringischen Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden muß, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.

Die Konferenz unterstützt die gegenwärtige Forderung besser wertiger Massen Eläß-Lothringens auf sofortige Einführung einer vollständigen Verwaltungsautonomie (im Rahmen Frankreichs), die Hand in Hand gehen muß mit der Zurückziehung der französischen Besatzung, der Anerkennung des Rechtes auf die Landessprache und der Einführung einer Landesvertretung.

Die Konferenz erklärt jedoch, daß eine wirkliche nationale Befreiung des eläß-lothringischen Bevölkerung von jedem imperialistischen Joch nur durch den revolutionären Kampf und Sieg der Arbeiter- und Bauernmassen erreicht und gesichert werden kann.

Neuer Kodex des Ehe-, Familien- und Fürsorge-rechts in Sowjet-Rußland

Der Rat der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik hat einen neuen Kodex des Ehe-, Familien- und Fürsorge-rechts angenommen.

Der neue Kodex sieht eine Registrierung der Ehen vor, um den Schutz der persönlichen und Eigentumsrechte der Ehefrauen und der Kinder zu sichern. Diejenigen Personen, die faktisch im Eheverhältnis leben, doch nicht nach dem neuen Kodex registriert sind, können sich zu jeder Zeit in die Register eintragen lassen.

Das Mindestalter für die Ehe ist auf 16 Jahre für Frauen und 18 Jahre für Männer festgesetzt. In Ausnahmefällen kann auch jüngere Personen die Ehebereitschaft erteilt werden, doch nur unter strengen Bedingungen.

Eine Ehe, die auf religiöser Grundlage geschlossen wurde, ist bis zur Einrichtung eines „Zats“ (Abteilung zur Registrierung von Zivilisten) in der gegebenen Ortschaft als registriert anzusehen. Ehen zwischen Ausländern und Sowjetbürgern, sowie Ehen von Ausländern, die in der Sowjetunion abgeheiratet wurden, werden nach dem allgemeinen Grundgesetz geregelt.

Nach der Ehescheidung können die Ehen unter dem gemeinsamen Namen des Vaters oder der Mutter tragen, auch können beide Teile ihre Namen beibehalten. Bei der Ehe von Ausländern behalten beide Teile ihre frühere Staatsangehörigkeit.

Das Eigentum, das während der Ehe hinzugekommen ist, wird nach den Grundsätzen des Allgemeinvermögens der Ehegatten zugewiesen.

Falls der Ehemann arbeitsunfähig ist, hat er das Recht, von seiner Frau unterstützt zu werden, falls das Gericht erklärt, daß die Frau imstande ist, den Mann zu helfen. Ebenso verhält es sich im Fall der Arbeitsunfähigkeit der Ehefrau. Auch erteilt das Gericht das Recht auf den arbeitsfähigen Mann recht, Frau im Fall ihrer Arbeitslosigkeit die Unterstützung mehr auch nach der Auflösung der Ehe gewährt werden und darf erst aufhören, wenn der unterstützte Teil solche Bedingungen gefunden hat, daß er der Hilfe entbehren kann.

Die Ehe kann auf beiderseitigen Wunsch, aber auch schon auf den Wunsch einer Partei hin, aufgelöst werden.

Falls zwischen den scheidenden Eheleuten keine Einigung betreffs der Unterziehung der Kinder zustande kommt, wird die Frage vor das Gericht gebracht.

Die schwangere Frau, deren Ehe nicht registriert war, behält das Recht, in der Zeit der Schwangerschaft oder nach der Geburt des Kindes der lokalen Abteilung zur Registrierung der Zivilisten den Namen des Vaters des Kindes bekanntzugeben, um den Mutter- und Säuglingschutz zu erlangen.

Falls ein Monat nach Benachrichtigung des Trägers des angelegten Namens kein Widerspruch von ihm eintrifft, so wird er als Vater des Kindes registriert.

Mit der Beherrschung der Vaterchaft kann sich dann die Mutter an das Gericht wenden, welches nach Überprüfung der Angelegenheit und Feststellung der Vaterchaft das Urteil verhandelt, monach dem Vater die Pflicht auferlegt wird, zu den Kosten der Schwangerschaft, der Geburt und des Unterhaltes des Kindes Beiträge zu zahlen und die Mutter während der Schwangerschaft und sechs Monate nach der Geburt zu unterstützen.

Die Elternrechte sind ausnahmslos zum Wohle der Kinder ausgeübt. Falls sie nicht rechtmäßig benutzt werden, können sie dem Vater entzogen werden.

Falls die Eltern einen gemeinsamen Namen tragen, geht der Name auch auf die Kinder über. Falls sie keinen gemeinsamen Namen haben, so wird den Kindern der Nachname nach Vereinbarung der Eltern gegeben. Falls der Vater des Kindes unbekannt ist, trägt es den Namen der Mutter. Die Eltern behalten den Nachnamen, den sie während der Ehe geführt haben.

Der Beschluß der Eltern über die Religionszugehörigkeit der Kinder besitzt keine juristische Bedeutung. Die Kinder werden bis zu ihrer Mündigkeit als konfessionslos betrachtet.

Alle Beschlüsse der Eltern betreffs der Kinder werden gemeinsam gefaßt. Bei Meinungsverschiedenheiten wird der Beschluß von dem Vater, die Fürsorge- und Pflegegatten in Anwesenheit der Eltern gefaßt.

Die Eltern sind verpflichtet, sich um die unmündigen Kinder zu kümmern, hauptsächlich um ihre Erziehung zur öffentlichen Betätigung. Sie müssen sie bis zur Volljährigkeit unterstützen.

Die Kinder müssen andererseits ihre arbeitsfähigen Eltern unterstützen.

Falls die Eltern ihre Pflichten den Kindern gegenüber nicht erfüllen, ihre Elternrechte mißbrauchen und ihre Kinder mißhandeln, entscheidet das Gericht über die Wegnahme der Kinder von den Eltern und ihre Überweisung an die Fürsorge- und Pflegeanstalten.

Die Eltern sind nur für unmündige Kinder und nur im Interesse der Kinder zugelassen und darf nur auf Entschluß der Fürsorgebehörden stattfinden.

Kinder über zehn Jahre dürfen nur mit ihrem eigenen Einverständnis adoptiert werden, falls die Eltern des betreffenden Kindes einvernehmlich mit dem Adoptivvater resp. der Adoptivmutter des Kindes zustimmen.

Die „Kommunistische Internationale“

Das sieben seitene Heft der „Kommunistischen Internationale“ zeichnet sich wiederum durch einen reichhaltigen Inhalt aus. Kolarow drückt den ursprünglichen Entwurf von Lenin's Thesen zur Agrarfrage zum 2. Weltkongreß ab. Besonders interessant und auch für die Stellung der SPD zur Frage der Festsitzung des Großgrundbesitzes ist die Besprechung, die in der ursprünglichen Fassung weitaus weitergeht als der vom 2. Weltkongreß angenommene Wortlaut.

Ernst Meyer veröffentlicht eine bisher unbekannt Arbeit von Rosa Luxemburg: „Entweder — Oder“ aus dem Frühjahr 1916, die die Forderung der Beherrschung der Sozialisten-Gruppe gegenüber den Anglizern des Proletariats und des Proletariats enthält. Die Frage der internationalen Disziplin war schon damals der Schwerpunkt zwischen den konsequenten Revolutionären und den passivistischen Unabhängigen.

Wolfsky behandelt den Pariser Kongreß der 2. Internationale und die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse in Paris, Glasgow und Scarborough. Weiters wird die Bedeutung der Lage in Spanien, Italien, in Norwegen und in Rumänien. Stranin beantwortet die wichtigste Frage: Erfolgt eine Sozialisierung der Wirtschaft in Sowjet-Rußland?

In den Vortragsreden wird unter dem Titel „Wie Genosse Maxlow Lenin kommentiert“ der unheimliche Kommentar des Genossen von Lenin „Rückwärts“ zurückgewiesen, über die Frage der Disziplin der Kommunistischen Partei Ungarns berichtet und schließlich der zweite Band des Marx- und Engels-Werkes besprochen.

Bericht der Ausland-Delegation

Der Neue Deutsche Verlag teilt mit, daß der Bericht der Ausland-Delegation „Was haben 50 deutsche Arbeiter in Rußland“ in der Woche vom 23. bis 26. November zur Veröffentlichung gelangt ist. Der Bericht bietet alle Literaturprobleme und Betriebsfragen, die bis dahin zu gebären. Der Verfasser wird so schnell möglich veröffentlicht werden.

Neue Arbeiter-Literatur

Anti-Nautikus: Deutschlands revolutionäre Matrosen*

Um die Zeit des 9. November ist eine kleine Broschüre erschienen, die unter den Proleten an der Westfront große Verbreitung gefunden hat und in der Literatur, welche die vorrevolutionäre Situation in Deutschland behandelt, eine hervorragende Stelle einnimmt. „Deutschlands revolutionäre Matrosen“. Der Verfasser, ein ehemaliger Matrose, erzählt seine wieder in der ersten Hamburger Betriebe und nennt alle Details des Kampfes aus dem die feinsten gewerkschaftlichen Forderungen. In der Broschüre schildert er die illegale revolutionäre Arbeit der Matrosen auf einem fahrenden Schiff während des Krieges. Er zeigt die Einzelheiten aller Aktionen nebeneinander und mögen sie nun in der Ergründung aller revolutionären Möglichkeiten, die Matrosen die Möglichkeit haben, die dem Landvolk zum Opfer gefaßt haben. Diese kleine Broschüre ist ein großes Dokument. Nicht nur weil sie die Begeisterung zur Revolution, den Schmerz um die Opfer, das über die Verhältnisse an der Front, der Niederlagen, vermittelt, sondern weil sie ein anschauliches Bild von der sozialen Struktur der Frontmannschaften gibt und weil sie auch die besten aufzeigt, die damals nicht ausgeübt sind. All dies ist so kollektiv und so tief erlebend, daß es nicht niedergeschrieben, daß man die Schrift in eine Reihe stellen muß mit dem großen Roman bolschewistischen Kampfes „Der erste Strom“. Jeder Arbeiter, besonders aber jeder Jugendliche, sollte sie lesen. Wir haben hier ein Genossenschafts-Kapitel in der Form, die sich der Jugend des Proletariats so nahe kommen kann, wie man will, auch zu lesen.

* Verlag Karl Schulze, Hamburg, Valentinstamp 42.

wenn es hilft in ihr den Willen zu erwecken, Herz und Hirn, Körper und Geist, Kampf und Schwert der proletarischen Weltrevolution zu sein — dann hat diese Schrift ihren Zweck erfüllt.

B. Kruse: Als politischer Gefangener*

Dieses Buch ist Arthur Crispian gewidmet und nennt sich „Erzählung“. Es erzählt auch, wie der Verfasser während des Krieges Flugblätter verteilt hat und dafür ins Gefängnis kam. Alle aus die Jahre die Ereignisse revolutionärer Vorkämpfer im Kriege einem Arbeiter bei. Über noch ein Unterfeld der revolutionären Matrosen bekannt sich auf wenigen konzentriert gehaltenen Seiten zum härtesten Kampftag. B. Kruse schreibt eine Erzählung. Anti-Nautikus nimmt kein Wiedeln der roten Marine. Kruse widmet seines dem Negativen Crispian. Und während der Bombardierung der Inseln, die er fürchtete, ging im Hintergrund bleibt, daß B. Kruse in jedem Kapitel einem sozialdemokratischen Geist, daß er nicht ist wie viele. Und daß er nicht ist wie jene kriminellen Gefangenen, auf die er mit dieser Berührung berührt, ohne darüber nachzudenken, daß auch sie als Opfer der Revolution im Gefängnis begehren haben müssen. Dieses Buch hat wenig Allgemeines, es ist immer nur mit dem Genossen, der die Schrift befaßt. Die ganze vollkommene subjektive Stellungnahme drückt sich besonders an dem Kapitel aus, wo von Clara Zetkin in die Rede ist. Da schließt er seine Betrachtungen mit den überweltlichen Worten: „Gute Nacht, Genossin Zetkin, schlaf wohl.“ Clara Zetkin hat sich bei den unvollständigen Scherzreden, die Dinge heranzuführen, würde dies Buch ein sozialdemokratisches nennen. So ist es auch. Ohne Ausnahme zu einer Tat, ohne Folgerung für die Zukunft, ohne Anknüpfen an die Gegenwart, wo trotz Anknüpfen die Zuschauer und mit revolutionären Arbeiten gekannt hat. Es endet damit, daß die revolutionäre Bewegung in dem Zeitraum, in dem sie bei Räte und Rufen gütlich ist. Das Buch ist eben Arthur Crispian gewidmet.

* Neue Welt-Verlag, Jena



Die Arbeiter

Steigende Erwerbslosigkeit

Arbeiter, kämpft um Cure Ergilzen!

Bei der Firma Andres Schneider, Halle, ist vom 10. November an in der Fabrik die Arbeit bis 10 Uhr abgebrochen worden. Die Eigentümer der Fabrik haben die Arbeiter um weitere Entlassungen angehalten. Die Arbeiter haben sich dagegen weigert und sind bereit, den Kampf bis zum Scheitern zu führen.

Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft verläuft sich immer mehr. Täglich erfolgen Betriebsstilllegungen und Auspflanzungen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Monaten auf 10 Millionen in Deutschland angewachsen. Die Zahl der Arbeitslosen in Halle beträgt am 31. Oktober 364 000 gegen 299 000 am 15. Oktober.

Die Gewerkschaften haben bis jetzt nichts getan, um die Lage der Erwerbslosen zu verbessern. Ihre Forderungen, die die Regierung gestellt hat, sind durchaus ungenügend. Wie notwendig es ist, die erwerbslosen Arbeiter in einer Front mit den noch in Arbeit stehenden zu halten, hat die Vergangenheit bewiesen. Gerade jetzt, bei der allgemeinen Unternehmenskrise gegen das Proletariat, werden die Unternehmer versuchen, die Erwerbslosen als Vorwand zu benutzen, um die Arbeiter in der Arbeit zu halten. Die Arbeiter müssen in enger Verbindung mit den Erwerbslosen alle Fragen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes lösen. Sie müssen die Gewerkschaften zwingen, daß sie die Forderungen der Erwerbslosen nicht nur der Regierung und dem Parlament unterbreiten, sondern mit allen Mitteln für deren Durchführung kämpfen. Beschaffung von Arbeit für alle Arbeitslosen, Verbot von Betriebsstilllegungen, Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages als Höchstgrenze, Auszahlung von Sozialleistungen durch Staat und Gemeinden unter Zahlung des in Frage kommenden Zinseszinses, Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an die Kurzarbeiter für die ganze Zeit ihrer Fortdauer, Unterstellung der Arbeitsnachweise unter die Kontrolle der Erwerbslosenvereine und zentralen Gewerkschaftsorgane sind die Forderungen, die erfüllt werden müssen. In Verbindung mit diesen Forderungen muß der Kampf gegen das geplante Arbeitslosenzentrum in Halle als zentraler Gesichtspunkt geführt werden. Denn dieses Werk ist der letzte Akt in der Verwirklichung des Prinzips der staatlichen Fürsorge. Der arbeitereindliche Charakter des Gegenstandes zeigt sich vor allem darin, daß in Fällen großer Erwerbslosigkeit die Unterbringung auf solchen Zentralen nicht möglich ist, weil diese die sogenannte Bedürftigkeit anerkennen und daß bei Streiks und Auspflanzungen auch die Arbeitslosen, die nur in Folge der Arbeitslosigkeit erwerbslos werden, keine Unterbringung gesichert wird.

Der Kampf der Erwerbslosen ist der Kampf des gesamten Proletariats. Die Arbeiter müssen wissen, daß auch sie morgen auf der Straße liegen können und daß Hunger und Elend noch in weit größerem Maße als bisher in ihrer Familie einzieht. Die Verleugung von Regierung und Unternehmen, eine Klüft zwischen den in den Betrieben stehenden Arbeitern und den Erwerbslosen zu schaffen, ist ein Verbrechen, das nicht nur die einheitliche Kampffront zu zerstören.

Heberkundschieberei und Beamtenabbau

Zeiger Commerz und Privatbank

Nicht nur die Arbeiterschaft hat die „Segnungen“ des Dames-Pattes zu tragen, auch die Beamten und Angestellten werden von der kapitalistischen Weltwirtschaft rücksichtslos ausgebeutet und genau so wie der Arbeiter dem Hungerdasein ausgeliefert, wenn der Wohlstand der Profitkassen es erfordert. Bei den Beamten und Angestellten haben die Ausbeuter oft sogar leichteres Spiel, da viele von ihnen sich noch immer als eine besondere Gruppe zwischen Proletariat und Kapitalisten vorstellen, und da die Dienstverhältnisse bei ihnen besonders günstig sind. Die Beamten und Angestellten sind aber auch dem Verfall der Wirtschaft ausgesetzt, wenn die sogenannte Kapitalwirtschaft in den nächsten Tagen wiederum sechs ältere Beamte auf Straßenpflaster geworfen werden, nachdem im vorigen

Am den Bergarbeiterklub in Breuker

Von Gustav Sobotta (Fortsetzung)

Warum das nicht geschehen ist, berichtet Herr Siering, der ehemalige preussische Handelsminister. Als nämlich nach der „Minister-Ein“-Katastrophe auch die Sozialdemokraten einen Antrag auf Einführung von Grubenkontrollen einbrachten, war ich nicht wenig erstaunt über die plötzliche Änderung der SPD-Liste. Dieses habe ich aber unter Erörterung mit dem Abgeordneten Siering dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ich sagte:

„Ich treue mich, daß auch Sie endlich in einem Antrag die Grubenkontrollen fordern, Heberkundschieberei ist die Ursache, die nicht wieder bekämpfen, wie das sonst der Fall war.“

Siering erklärte darauf:

„Wir waren eigentlich immer für Grubenkontrollen, wenn wir sie aber bis jetzt nicht gefordert haben, so nur darum, weil die anderen nicht willig waren!“

Die Sozialdemokraten haben also gegen die Grubenkontrollen gesprochen. Sie wollten die Kapitalisten in der Regierung nicht dafür zu haben wahren und der sozialdemokratische Minister Siering mit seiner Forderung nicht den Mut aufzubringen, gegen die reaktionären Gewerkschafter der Deutschen Volkspartei aufzutreten.

Die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten mit der Deutschen Volkspartei hat die Einführung der Grubenkontrollen verhindert, hat verhindert, daß auch der geringste Schritt auf dem Wege der Grubenüberwachung gemacht wurde. Die sozialdemokratische Fraktion zog es vor, gemeinsam mit der Volkspartei Koalitionspolitik zu treiben zum Schaden der Bergarbeiter, anstatt mit den kommunistischen Arbeitervertretern für die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter einzutreten.

Diese Fraktionellist ist gerade jetzt sehr wichtig, weil die Sozialdemokratie sich wiederum ansieht, mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam Koalitionspolitik zu machen. Die Bergarbeiter können aus dem Angehörigen leben, welche Folgen aus der Koalitionspolitik der SPD für die Arbeiterklasse resultieren werden, wenn das Verdienst aufkommt, daß jetzt endlich im Landtag ein Schritt gemacht wurde, der den Ausbeutern ist, als wenn die Bergarbeiter wirklich zur Grubenkontrolle ausgehen würden.

Jahre schon eine große Anzahl abgebaut worden ist. Das Arbeitsmangel nicht besteht, ist für jeden Beamten und Angestellten klar, wurde doch von jedem in den letzten Monaten eine tägliche Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden verlangt. Gerade durch die Heberkundschieberei werden aber nach und nach immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Deshalb sollte auch die Beamten- und Angestelltenfrage endlich aufzurufen und gemeinsam mit der Arbeiterschaft in den Kampf aufnehmen gegen das profitgierige Kapital.

Am 29. November gibt es Abrechnung zu halten, indem die gesamte wertvolle Bevölkerung bei den Kreis- und Provinzialparlamenten wählen für die Spitze der Kommunisten stimmt.

Organisiert Euch in den freien Gewerkschaften!

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Firma Hermes, Halle (Papier-Industrie), herrschen ganz eigenartige Zustände. Die Firma führt seit sechs Wochen verkürrt arbeiten, heißt aber trotzdem noch Leute ein. Man will dadurch billige Arbeitskräfte heranzüchten. Bei der Firma werden über 40 Maschinen beschaffen, die fast alle im stillen stehen müssen und zum Teil noch nicht einmal auf ihren tariflichen Stundenlohn kommen.

Am 29. November kommt der Betriebsarbeiter für die Klasse der

Kommunistischen Partei,

die als einzige Partei hauptsächlich Betriebsarbeiter aufgestellt hat.

Auch ist kein Betriebsrat vorhanden, zum Teil sind die Sucharbeiter und Arbeiterinnen auch nicht gewerkschaftlich organisiert. Es ist sehr wichtig, daß die Arbeiter sich in der Halle organisieren! Nur dann kommt ihr Euch gegen eine solche Ausbeutung mit Erfolg wehren.

Zur Nachzahlung empfohlen!

Im Betriebe der Firma Schred (Eisenhütte, Halle) wurden in den letzten acht Tagen durch ein Betriebsratsmitglied (Bergarbeiter) bei einer Besichtigungsreise von 40 Mann 17 neue Gewerkschaftsmitglieder durch persönliche und mündliche Agitation gewonnen.

Wenn unsere Genossen überall in derselben Weise vorgehen, wird unsere Lösung: 10 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, bald erreicht sein.

Was treuheitslose Männer voneinander sagen

Ein Brief des Vorsitzenden der abgeplanten Raumburger Gruppe an Nikolaus Schäfer.

Halle, am d. S., 13. September 1925.

Herrn Nikolaus Schäfer.

- 1. Vorsitzender des Arbeitervereins „Kommunistischer Arbeiterverein“: „Ich habe mich sehr über die Art und Weise, wie Sie sich verhalten, geäußert. Sie haben mich sehr über die Art und Weise, wie Sie sich verhalten, geäußert.“
- 2. „Ich habe mich sehr über die Art und Weise, wie Sie sich verhalten, geäußert.“
- 3. „Ich habe mich sehr über die Art und Weise, wie Sie sich verhalten, geäußert.“

das eine Arbeit ist. Außerdem ist es Ihre verlässliche Pflicht und Schuldigkeit, derartige Schriftstücke anzunehmen.

4. In Veranlassungen nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

5. In den Besprechungen nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

6. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

7. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

8. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

9. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

10. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

11. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

12. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

13. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

14. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

15. Beim Besprechen über die kommunistische Partei nicht zu viel von sich selber reden, das Selbstlob ist ein Verbrechen.

Zellenarbeit in Schweden

Ciperantobrief

Werte Genosse! Aus Deinem letzten Brief ist zu ersehen, daß die Cure Partei umstellt auf Betriebszellen. Wir haben schon seit längerer Zeit eine Zellenarbeit in der Cure Partei durchgeführt.

Wir arbeiten nach folgender Methode: In jedem Betrieb, wo wir Genossen sind, befindet sich eine Zelle. Jede Zelle hat ihren Zellenleiter, der die Zellenarbeit leitet, einen Kassierer, der die Beiträge sammelt.

Sie hat jedes Mitglied seine Aufgabe, Zeitungen und Literatur zu verkaufen, die kommunistische Propaganda zu verbreiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten.

Wir arbeiten nach folgender Methode: In jedem Betrieb, wo wir Genossen sind, befindet sich eine Zelle. Jede Zelle hat ihren Zellenleiter, der die Zellenarbeit leitet, einen Kassierer, der die Beiträge sammelt.

Sie hat jedes Mitglied seine Aufgabe, Zeitungen und Literatur zu verkaufen, die kommunistische Propaganda zu verbreiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten.

Wir arbeiten nach folgender Methode: In jedem Betrieb, wo wir Genossen sind, befindet sich eine Zelle. Jede Zelle hat ihren Zellenleiter, der die Zellenarbeit leitet, einen Kassierer, der die Beiträge sammelt.

Sie hat jedes Mitglied seine Aufgabe, Zeitungen und Literatur zu verkaufen, die kommunistische Propaganda zu verbreiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten.

Wir arbeiten nach folgender Methode: In jedem Betrieb, wo wir Genossen sind, befindet sich eine Zelle. Jede Zelle hat ihren Zellenleiter, der die Zellenarbeit leitet, einen Kassierer, der die Beiträge sammelt.

Sie hat jedes Mitglied seine Aufgabe, Zeitungen und Literatur zu verkaufen, die kommunistische Propaganda zu verbreiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten.

Wir arbeiten nach folgender Methode: In jedem Betrieb, wo wir Genossen sind, befindet sich eine Zelle. Jede Zelle hat ihren Zellenleiter, der die Zellenarbeit leitet, einen Kassierer, der die Beiträge sammelt.

Sie hat jedes Mitglied seine Aufgabe, Zeitungen und Literatur zu verkaufen, die kommunistische Propaganda zu verbreiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten, die Zellenarbeit zu leiten.

Halle und Saalkreis

Erfolgreiche Verleumdung kändlicher Betriebsratsmitglieder

Der Wirtliche Schmidt als Vigner entlarvt

Herr Schmidt von der Deutschholländischen Freieisenwerke hat in der letzten Stadtratsversammlung die Behauptung aufgestellt, daß der Vorsitzende des Betriebsrates der kändlichen Arbeiter, unser Genosse Zaag, den wirtlichen Antrag für den letzten erklärt habe. Wir haben das sofort als den kändlichen Schmidt des Herrn Schmidt getadelnd angedeutet. Das „Wirtliche“ ist bei der Behauptung von Herrn Schmidt unter dem Namen „Wirtliche“ bekannt. Kommunale Betriebsratsmitglieder als „Wirtliche“ wiederzugeben, ist nicht von den beiden Betriebsratsmitgliedern Zaag und Peters (Peters geht nicht der SPD an) folgende Erklärung überlassen, die alle Ausfahrungen des wirtlichen Schmidt als unzulässig festsetzen.

Erklärung

des Gemeindefreiwirtschafts der kändlichen Werke zur Rede des Stadtratsmitgliedes Herrn Schmidt (Wirtlich)

Die in der am 16. November stattgefundenen Stadtratsversammlung geäußerte Rede des Herrn Stadtratsmitgliedes Wirtliche Schmidt ist uns zu folgenden Entwürfen:

1. Am laufenden Geschäftsjahr ist niemals irgendwelcher Antrag von Seiten des Gemeindefreiwirtschafts des Herrn Schmidt bzw. der wirtlichen Freiwirtschafts gestellt worden.

2. Herr Schmidt hat behauptet, die Unwahrheit gesprochen, indem er behauptete, wir hätten keinen Antrag gestellt.

Wahrheit aber ist, daß Herr Schmidt in seiner Eigenschaft als Wirtlicher am 16. November freigelegt, aus seinen Worten, als den wirtlichen Schmidt bezeichnet.

Son uns wurde ihm erwidert, daß wir vom Gemeindefreiwirtschaft des Magistrates, sowie dem Herrn Stadtratsvorsitzenden und den beiden Fraktionen der SPD und KPD, eingereichten Antrag als den für die kändlichen Arbeiterarbeit am zweckmäßigsten hielten. Weiter erinnerten wir Herrn Schmidt an einige zurückliegende Besprechungen, wo auch er anderer Meinung war, als zur Zeit, wo er seine Behauptung aufstellte. Wir erwiderten, daß er, aber die Arbeiter nicht in Frage kommen, die das vor drei bis vier Monaten der Fall war.

Diese Angaben können wir durch zwei Zeugnisaussagen erklären, nämlich aber sofort betonen, daß der eine in Frage kommende Zeuge mit der kändlichen Arbeiterarbeit nicht in Verbindung steht und mit den vorangegangenen Besprechungen nicht vertraut ist.

3. Herr Schmidt aber wußte wir zum Schluss noch sagen, daß wir der Auffassung sind, daß er sich von seinem Antrage nicht abrennen mag, denn sonst hätte er nicht in der Versammlung seinen Namen zu verzeichnen brauchen, oder war es im Moment etwas Berührung, als er sah, daß ihm die Sache missgeschwam. Wir als Arbeiterkreise würden in solchen Fällen etwas anders handeln; entweder die Anträge unserer Kollegen oder unsere persönliche Überzeugung vertreten, aber uns nicht mit anderen Meinungen anderer Personen mischen und somit die öffentliche Meinung täuschen.

Vorsitzender: Curt Zaag. Stellvertreter: Richard Peters.

Der Reichsbanner-Vater als Demagoge

Am Dienstagabend fand die Frühling-Verammlung der SPD im „Wintergarten“ statt. Schon lange vor Beginn der Versammlung hatte sich am Eingang der Gassieren und auf der Straße vor dem „Wintergarten“ die Polizei aufgepostet. Mindestens 50 Hüter der Ordnung wollten dort ihres Amtes, was nichts zu machen war. Der Saal hatte sich schon lange gefüllt, sogar die eine Empore des „Wintergartens“ war belegt (was bei der SPD-Verammlung noch nicht eingetreten ist), als endlich mit Verlaufe das größte Fortschrittsgeschehen der Welt zusammenkam. Die Versammlung wurde durch das Überwiegen der Mittelschichten der Bourgeoisie. Nur in geringer Anzahl waren Arbeiter erschienen.

Wir wollen uns bei der Wiedergabe des frühlinglichen Referates auf einige bedeutende Punkte beschränken. Gleich zu Anfang seiner Rede, wo Herr Hörsing mit den Delegierten anredete, stellte er die richtige Richtung auf, als er sich mit Verlaufe das größte Fortschrittsgeschehen der Welt zusammenkam. Die Versammlung wurde durch das Überwiegen der Mittelschichten der Bourgeoisie. Nur in geringer Anzahl waren Arbeiter erschienen.

Wir wollen uns bei der Wiedergabe des frühlinglichen Referates auf einige bedeutende Punkte beschränken. Gleich zu Anfang seiner Rede, wo Herr Hörsing mit den Delegierten anredete, stellte er die richtige Richtung auf, als er sich mit Verlaufe das größte Fortschrittsgeschehen der Welt zusammenkam. Die Versammlung wurde durch das Überwiegen der Mittelschichten der Bourgeoisie. Nur in geringer Anzahl waren Arbeiter erschienen.

Nur an einem Punkt ging die Demagogie Hörsings so weit, daß selbst die Versammlung sie merken mußte. Herr Hörsing befand sich nicht mit der kleinsten Anfrage, die in der letzten Nummer des „Klassenkampf“ an ihn gerichtet worden war betreffs einer

Dankagung des Oberleitenden Duesberg an Hörsing, die im „Alten Deutscher“ vor etwa drei Wochen erschienen hat. Herr Hörsing verfuhr dem Sachverhalt so unehrlich, als wenn diese Dankagung Duesbergs über den „Klassenkampf“ Redaktion von Duesberg übermittelt worden sei. Da die meisten Anwesenden ein „Klassenkampf“-Exemplar zur Verfügung hatten, berichtigen sie durch Zwischenrufe die Demagogie Hörsings, was ihm schändliche Verlegenheit bereitete.

Kaum hatte Herr Hörsing seinen Vortrag beendet, ließ er fatergerisch durch Herrn Heroldland jede Diskussion abwürgen.

Nur Herr Kappeler nahm noch das Wort zu längeren Ausführungen über die Provinziallandtagswahlen. Kappeler sprach durch große Teile der Verammlung nach der Rede Kappeler, durch lebhafteste Zwischenrufe eine Diskussion zu erörtern. Aber die Herren Sozialdemokraten wollten kein Wort der Opposition hören. Es mußte das Wort überlassen werden, was die Rede Hörsings aufgebaut hatte, zusammenzufassen mußte, wenn die Kommunisten Gelegenheit gehabt hätten, sich zu dem Referat Hörsings zu äußern.

Wir geben schon heute Herrn Kappeler die Zulage, daß er in unserer Wahlversammlung in Halle zu sprechen Gelegenheit haben wird, da die Kommunisten die alten guten Gepflogenheiten der

Sozialpolitische Aufgaben des Provinziallandtags

Von H. Siejmann

Die Offensive des Kapitals gegen das gesamte Proletariat ist gekennzeichnet durch das Schreiben, den Abbau der Sozialpolitik auf die äußerste zurückzuführen. Durch die sogenannte Demobilisierungsgesetze in ihrer Art, deren Hauptziel in den Jahren nach dem Kriege, löstern auch die alte wirtschafliche Sozialpolitik fast vollständig abgebaut worden. Durch die Reichsversammlung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1925 ist das ursprüngliche in Deutschen Reich neu geordnet und den Ländern und Gemeinden übertragen. Durch die Neuordnung des Fürsorgewesens hat sich das Reich der Pflicht gegenüber den Fürsorgeberechtigten entzogen und die Lasten auf die Schultern der Länder und Gemeinden gewälzt. Der Grund dieser Abwälzung ist zu suchen in der Abnahme des Dames-Volltes durch die Regierung, der verweigert, daß die Kommunen sowie die Ausgaben für die Arbeiterlosen in der Republik sich ganz enorm vergrößern müßten. Bei Rentenbewilligungen sowie bei Aufstellung des Staats hat sich die Reichsregierung dieser Pflicht erinnert, da sie Renten-erhöhungen in ausreichender Form stets mit der Begründung abgelehnt, daß die Finanzierung des Reiches und der Länder eine Erhöhung der Beiträge der Fürsorgeberechtigten nicht gestatte.

Das wachsende Elend der Sozialruher, Kriegsopfer, Erwerbslosen usw. haben die Parteien auf dem gewiesenen, die den folgenden Klassenpartei anzuregen:

Bürgerliche und Sozialdemokraten.

Auch der preussische Haushaltsrat ist unter dem Zeichen des Lebens der Sozialpolitik aufgestellt. So hat man z. B. zur Bekämpfung der Tuberkulose ganze 100.000 Mark zur Bekämpfung der Blinden und 200.000 Mark für die Bekämpfung der Tuberkulose 125.000 Mark und für die Bekämpfung der Tuberkulose 8.000.000 Mark in den Etat eingestellt. Dagegen sind an Unterbringung für Kommune 15 Millionen Mark, an Ausgaben für sonstige Kranke 8 Millionen Mark, für Juli 1924 18 Millionen Mark, für Polizei 24 Millionen Mark, für Kirche 54 Millionen Mark im Etat eingestellt worden. Eine Summe von 125 Millionen Mark, die für die Bekämpfung der Tuberkulose und für soziale Verbesserungen, etwa der herabfallenden Klasse und zur Bekämpfung der Tuberkulose 50 Millionen Mark ausreicht.

Im letzten Jahresbudget des Reiches ist schließlich auch der Etat der Provinzialregierungen aufgestellt worden. Auch dieser stellt einen Teil der Etat bilancierte auf Kosten der Sozialfürsorge. Ein ganz enormer Apparat von oberen Beamten versieht den größten Teil der aufkommenden Mittel, während bei den unteren Beamtenstellen und beim Waisenapparat Abbau in der kommunalen Art getrieben worden ist zum Schaden der Fürsorgeberechtigten.

Die Fürsorgeberechtigten der Provinz Sachsen müssen deshalb auch die Lasten des letzten Provinzialbudgets voll auf sich zu wälzen, der meist in Einheitsfront von den Deutschholländern zu den Sozialdemokraten alle reaktionären Abmaßnahmen durchzuführen und die Verbesserungsanträge der Kommunisten abzulehnen.

In der letzten Tagungsperiode des Provinziallandtags beauftragte die kommunalistische Fraktion folgende Arbeitsmaßnahmen:

1. Die Provinzialverwaltung der Gemeinden und Kreisei Jugendämtern zu schaffen, damit sie allen Jugendlichen, Sozialruher und Kriegshinterbliebenen eine Wirtschaftliche Hilfe von 50 bis 30 Mark für jedes Kind 10 Mark zahlen, sowie Hausbrandstoffe für den Winter liefern können.

2. Das gleiche für die Erwerbslosen, dazu Hausbrandarbeiten zu beschließen.

3. Die ständige Arbeitslosen für das Personal in den provinziellen öffentlichen Anstalten.

Provinzielle Beamte in den Gruppen 1 bis 4 nicht mehr zu beschäftigen, sondern mindereinstufen in Gruppe 5.

Die Erziehung eines Heimes für Altersschwache in den Bezirken

Sozialdemokratie, jedem Gegner in der Diskussion das Wort zu geben im Gegensatz zur heutigen Sozialdemokratie, beibehalten werden.

Unser Inoperamer Magistrat und seine Straßenbahn

Unter diesem Titel schreibt uns ein Leser des „Klassenkampf“ folgenden Brief:

In Ihrer Zeitung vom 11. d. M. fand ein Artikel mit obiger Überschrift. Ich möchte mir erlauben, dazu noch einen Beitrag zu liefern.

Der Artikelreiber hat recht, wenn er die Sparpolitik des Magistrats zu herbeizuh. Zum Beispiel hat man die Vordachstr. und Lindenstraße zwischen den Gleisen vollständig aufgerissen, neue Schienen gelegt und alles wieder gepflastert. Wenn ein Fremder diese Straße durch die Straßen ginge, würde er nie glauben, daß dies nicht die 14 bis 18 Wochen 1924 ist.

Der Zustand des Magistrates ist genau so schlecht wie vorher. Woher kommt denn nun dies?

Anstatt daß der Magistrat den Bau der Straßen vollständig in seine Hände übernimmt, läßt man die Unternehmer für viel teureres Geld die Straße pflastern. Eine alte Geschichte ist es ja, daß die Unternehmer nie den Hals voll bekommen, und es wird alles im Affekt zusammengeschmissen. Das dabei die Arbeit nicht so gut geordnet wird, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Das ganze Ergebnis: „Hörst du ist Word“ kommt hierbei fast zur Geltung.

Doch nicht bloß in diesen Straßen kann hier zu beobachten, auch die Deutscher Straße zeigt dasselbe Bild.

Ein anderer Fall. In der oberen Lindenstraße hat sich das Wasser seit mindestens 14 Tagen gegen auf einer Fläche von dem halben Quadratmeter. Hierbei liegt eine große Gefahr für Mensch und Tier, dort wird nicht hingesehen. Anders liegt die

Merkung über Erfurt, damit ein Teil von den vielen Tausenden von Eltern des Inflationsbetrages in Pflege genommen werden kann.

20 Millionen Kredit für Arbeiterwohnungen durch die Provinz aufzunehmen, der gegen höchsten Zins in solchen Gemeinden zur Verfügung gestellt wird, die besonders große Wohnungsnot haben.

Alle diese Vorschläge zugunsten der Notleidenden wurden von Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Am 29. November ist die Kammer des Landtages. Die Fürsorgeberechtigten haben die Möglichkeit, durch Aufgabe des Stimmsrechts seine Vertrauen in den Landtag zu schenken. Von den vielen Forderungen, die die Arbeiterfrage und die Fürsorgeberechtigten in den Provinziallandtag stellen und die die Kommunisten schon stets vertreten haben, nennen wir:

- Ausbau und Erhöhung der öffentlichen Fürsorge;
- gegen jede private, bürgerliche und kirchliche Fürsorge;
- Kontrolle der öffentlichen Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtung durch Organe der Arbeiterfrage;
- gegen private und kirchliche Jugendfürsorge;
- ausreichende Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge;
- energischer Kampf gegen die Tuberkulose;
- Einrichtung von Volls- und Schulpflichtigen;
- Erhöhung der Armen-, Erwerbslosen-, Kriegsopfer-, Sozial- und Waisenunterstützungen auf das zum zufriedenstellenden Staatlichen Amt erscheinende Existenzminimum.

Als revolutionäre Arbeiter wissen wir, daß die soziale Fürsorge nur ein Mittel zur Erhaltung der Arbeiterfrage ist. Die soziale Fürsorge führt die Schäden, die der Arbeiterfrage durch das kapitalistische Ausbeutensystem geschaffen werden, notwendig auszugleichen. Die Bourgeoisie tut das, weil ja sonst die Leistungsfähigkeit der Arbeitenden und die Profitrate in Frage gestellt wird. Daher erheben die Fürsorgeberechtigten den Ruf, die Arbeiterfrage durch die „soziale Fürsorge“ nur allzu gut. Denn man kann stellen, daß große Teile der Fürsorgeberechtigten allzu zufrieden sind, wenn ihnen einige Strafen „sozialer Fürsorge“ angeworfen werden.

Grundsätzlich wissen wir als Kommunisten, daß eine erfolgreiche Sozialpolitik nur dann möglich ist, wenn die Arbeiterfrage im Kampf die politische Macht erobert, sich in den Besitz der Staatsgewalt setzt.

Doch ist selbstverständlich, daß wir im jetzigen Stadium jedwede Verberkung auf dem Gebiete der Sozialpolitik unterstützen, ja alle unsere Kräfte anspannen, derartige Verbesserungen durchzuführen. Ebenfalls selbstverständlich ist es, daß wir gegen jede Verhinderung der sozialen Fürsorge den heftigsten Kampf führen.

Sowjet-Rußland hat die soziale Fürsorge in grandioser Weise gelöst. Dort ist jeder Arbeiter und jede Arbeiterin für alle Bedürfnisse des Lebens sichergestellt. Es gibt keine Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Mutterlosigkeit, Witwen- und Waisenkind, Arbeitslosigkeit ist jeder durch ausreichende Fürsorge des Staates nur Hunger und Entbehrungen gelöst. Die deutsche Arbeiterfrage, insbesondere die Fürsorgeberechtigten, können nur die gleichen Ziele erreichen, wenn sie in gleicher Weise alle ihre Kraft einsetzen zur Eroberung der politischen Macht zur Übernahme der Staatsgewalt in die Hände der Arbeiterklasse.

Für dieses Ziel erklärt sich, wer am 29. November bei den Provinziallandtags- und Kreislandtagswahlen stimmt für die kommunistischen Listen!

Sache bei dem Stadthalter Bauhaus, da gerichtet man sich heute den Kopf, wie die Halle recht schnell entleert sein. Ja, ja, für Protesten, für Kunst in Ehren Gedächtnis werden, denn für die Schaffung von Protestenwahlen hat man keine Zeit, auch kein Geld. Dieses Projekt ist ja auch nicht so dringend wie eine Staatshilfe.

Für Straßenbahn auch ein paar Beispiele. Kommt da ein Passagier nach Halle auf einen Straßenbahnwagen und bekommt sich, daß in Halle fast keine Bahn mehr fährt, die anderen Vinten hätte. Der Schaffner (meiner Ansicht nach ein Stahlhüter) antwortet prompt, wenn wir hier überall Nachhilfe haben müssen, dann wäre es notwendig, auf jeder Linie noch einen Wagen einzusetzen, aber das könnte die Straßenbahnverwaltung nicht tragen, denn er wird auf jeder Linie zwei Wagen für die Beförderung von Mensch und Strom für den Wagen. Es wäre in Halle kein Geld vorhanden, und deshalb müßte man sparen. Ein anderer Passagier möchte sich in das Gedräng der beiden und rechnete in großen Zügen die monatliche Gehaltszulage des ersten und zweiten Wagenführers, sowie des Stadthalter in einer Gehaltsliste von 15.000 Mark an und sagte, dafür können wir nicht zahlen, es ist ein bisschen bezaubernd, wobei alles das mit man nicht, sondern man beurlaubt in Halle 10 Straßenbahnen, um diese zum Reichs-Kriegstag nach Leipzig zu schicken, und anderen gibt man Beschäftigung für die Stahlhüter die Arbeit zu leisten. So und nicht anders verhält unsere Straßenbahnverwaltung zu „Halle“.

Kehren möchte ich noch bemerken, daß ich kein Mitglied der kommunalistischen Partei bin, habe aber milions, es, jedoch es nicht nachgeben. Denn für mich als Arbeiter kann es nicht weiter geben, es daß ich mich mit denjenigen zusammenfüge, die wirklich genützt sind, den Kampf für ein anderes Dasein der Arbeiter zu kämpfen.

Deshalb möchte ich zum Schluss noch allen Arbeitern, Beamten und Angehörigen zurufen: Kommt mit mir in die kommunistische Partei und müßt am 29. November zur Provinzial- und Kreislandtagswahl Kommunisten!

Sollten Sie mittels kein, diesen Brief zu veröffentlichen, so bitte ich aber, meinen Namen nicht darunter zu setzen, da ich sonst sofort entlassen werde, denn ich bin bei der Stadt beschäftigt.

Die Sozialruher protestieren gegen die Rentenkränkung

Die von 600 Sozialruheren besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitslosen, die am Sonntagvormittag im „Volkspar“ stattfand, gestattete sich, zu einer wuchtigen Kundgebung gegen das Vergehen der Reichsruher, die den Reichsruher in Halle und zu einem Protest gegen die Verringerung der Auszahlung der Winterrenten zum Anlauf von Arbeiterlosen und Auszahlung der Fürsorge am Stadt Halle.

Nach einem Referat des Vorsitzenden, der das Vergehen der Reichsregierung gebührend klagte, wurde eine lebhafteste Ausrede ein, die sich insbesondere mit dem Verbot der Sozialruher beschränken, deren unwürdige soziale Aufbesserung in ihrer Vorkriegszeit leistet werden. Es wurden dabei vorggetragen, wo ein alter Arbeitsruher nur 5 Mark monatlich erhält.

Besonders bemerkenswert und auffällig ist die Tatsache, daß Sozialruher, die noch gearbeitet haben, wobei sie die volle Erwerbsruher entrichten müßten, bei eintretender Arbeitslosigkeit nicht die gleiche Erwerbsruherentscheidung erhalten, sondern nur ein Bruchteil davon, weil man ihnen die Sozialruherrente zur Hälfte an-



Was ist „Schweffelblüte“?

Die beiden hier abgebildeten Dawidow General Schijowich und Generaldirektor Klapps werden am kommenden Freitag im großen „Volkspar“-Saal gegen, wie es festzulegen, mittels „Schweffelblüte“ die Republik Dameschen ins Wanken bringen. Ihre „Schweffelblüte“ würde allerdings nur für die Dauer weniger Tage, die Erläuterung der „Schweffelblüte“ aber wird für jeden Besucher eine langanhaltende Wirkung haben. Jeder Arbeiter, ob Sozialdemokrat oder Kommunist, jeder Angestellte, Beamte und Intellektuelle, jeder denkende Mensch muß wissen, was ihm „die Schweffelblüte“ zu sagen hat. Jeder darf verstehen, die einstmalige Aufführung am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, im „Volkspar“-Saal zu besuchen.

Arbeiter! Führt den Boykott gegen die C.T.- und Ufa-Dichtspiele durch!

Die Merseburger Guste-Politik

Arbeiterwähler, macht Schluss damit, schafft eine rote Mehrheit im Kreishaufe!

Bei den Wahlen zum Kreisrat im Jahre 1921 hat sich gezeigt, daß ungefähr ein Drittel der Einwohner des Kreises Merseburg von der Kreisverwaltung, kommunalpolitischen Angelegenheiten, Redner: man kann behaupten, daß sich innerhalb der Hälfte der Wählerzahl im Prinzip für klare Klassenpolitik im Kreisrat und Kreisverwaltung entschieden hat.

Im Laufe der vier Jahre seit 1921 hat sich gezeigt, daß hier, wie überall im Reich, die Arbeiter- und Kleinrentnerischen Angelegenheiten von diesen Politikern verachtet wurden. Diese haben nur zu oft bei getragen zum Zustandekommen einer Mehrheit, die sich nichts machte aus dem bei den Wahlen bekundeten Willen der Kreisbewohner. Der SPD-Vorstand Guste machte dabei nicht an legitime Stellen, nachdem er selber erst auf den Krüden seiner Grundkraft in der Regierung in sein Amt gekommen war.

Nach der Märgation hatten sich am Kreisrat einige Leute gefunden, die die Zeit für gekommen erachteten, ihre „revolutionäre Ueberzeugung“ auszuüben. Unter dem Vorkaufsrecht stand die erste Wahl eines neuen Vorstands für zwei „Hauptämter“ wurde teilweise. Der eine hieß „Arbeiter“, der andere „Kleinrentner“ und der dritte „Bürger“. Die Besetzung blieb aus. Bei der zweiten Wahl hatte auch die SPD einen Mann zur Stelle. Von den 24 abgegebenen Stimmen bekam unter Genosse 8, ein Bürgerlicher 8 und der SPD-Mann ebenfalls 8 Stimmen. Bestätigt wurde natürlich Herr ...

Ein Teil der gewählten Vertreter der Arbeiterliste hatte die Fährde verfallen und der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung den Weg geebnet, auch in unserem Kreis mißtraut ihre Macht durchzuführen.

Guste stellte sich von vornherein und bedingungslos in den Dienst zur Rettung und Sicherung des bürgerlichen Staates.

Wichtig in der ersten Zeit seiner Amtsführung glaubte der Vorstand Guste, der Bevölkerung bewahren zu müssen, daß ihm mit dem Amt ganz außerordentliche Fähigkeiten gegeben worden waren. Der Beweis ist ihm gelungen. Er hat es mehrfach vorhanden, mit einem „großen Witz“ das was man nicht als Arbeiter- und Kleinrentner-Liste im Kreisrat in der Hinterhand ein für allemal festzulegen. „Die Ihr einsteht, laßt alle Hoffnung drauf.“

Ein „großes Bauprogramm“ wurde innerhalb von ihm mit Riesentamant aufgegeben. Was auf die Geldbesetzung war alles komplett: Landesbauprogramm, Anlagensprengeln, Schwärze, Landwirtsfahrt und „begleitete“ für das Projekt. Erreicht wurde, daß durch die eingeladene Presse und die Gewerkschaftsführer die Sache überall breitgetreten und der Vorstand als tüchtiger Herr eingestuft wurde. Das genügte ja. Aber die damaligen Wohnungsverhältnisse im Kreis ...

Von den politisch besonders wichtigen Abstimmungen im Kreisrat ist zu erinnern an die Abstimmung des kommunalpolitischen Antrages, die ...

Nur in Zeiten, wo die Arbeiterliste sich politisch in großer Erregung befand, erinnerte sich die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit nicht mandant hier noch hier ...

Dagegen sollten die Landbesitzer ein gutes Mittel sein zur Entlastung des Hungers der Arbeiterklasse. Damit wird der größte ...

lichen Nächstenliebe jederzeit prompt durchgeführt werden könnte, letzte Guste durch, den Landbesitzern im Kreise die ...

Die sozialdemokratische Landrat in dem genannten Falle keine ...

Sie beantragten, der roten Hilfe eine Geldsumme zu überweisen. Umsonst; selbst dieser Antrag wurde niedergestimmt.

Der Vorstand Guste erstreckte während Kommunalen und begünstigte die Reaktionen in öffentlichen Kreisen. Gegen unsere früheren ...

Der Gemeindevorsteher in Köpenick ließ gegen einen Vorstoß des ...

Am Kreis Merseburg gab es Ende von armen Leuten, die ...

Trotzdem Guste Vermögen hat und über 300 Mark Pension pro Monat ...

Das sollten sich die Arbeitenden des Kreises Merseburg für die ...

And die „Demokratie“ wird in der „Selbstverwaltung“ nur nie ...

Deshalb gilt für die Kreisratswahl für alle Arbeitenden, ...

bedenken, wodurch ihnen wohnersichere und gesunde Rechte genommen werden. Hier müßten die Arbeitervertreter im Reichstage einmal ...

Die Wehrdienststeuer, findet am 20. Dezember, Sonntag vormittag ...

Die Dezember-Berufung fällt aus.

Die Verammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die am 15. November im „Volkspost“ veröffentlichten Sozialisten ...

Die Sozialisten erwarten vom Regierungsrat der Stadt Halle, daß ...

Die letzte Funktionärswahl nahm zu dem der Arbeiterpartei ...

Kameraden, die gegen den Vorstoß der Funktionärswahl ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Nach dem Reichstag, Sonntag, den 22. November, abends ...

Die Herren der bürgerlichen Wohnungskommission gibt es natürlich nur bei uns in ...

Öffentliche Quittung

Am Oktober/November 1925 wurden für proletarische Hilfswende der Internationalen Arbeiter-Hilfe folgende Beiträge eingekassiert: ...

9,50 Mark; Nr. 185 Bode (Cäster) 3,40 Mark; Nr. 186 Söfing (Gomer) 4,50 Mark; Nr. 187 Knaack (Schöppe) 6,70 Mark; Nr. 188 ...

Kollekt! Arbeiter weiter an dem Ausbau Eurer proletarischen ...

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heiden an Rhein und Ruhr

Momentbilder und Brauchstücke aus dem Leben und den Kämpfen der Ruhrarbeiterklasse im Jahre 1923

Von Peter Wolke

Im der Junge ermahnen, sieht er meistens in eine andere Stadt und wird ...

Die Mädchen im Proletarierhaushalt werden indistinct als eine ...

Jedes Tröpfchen Wasser, jedes Stück Mehl, jede Handreichung wird ...

Auch im Ruhrgebiet haben Dichter und Schriftsteller schon über das ...

Bergarbeiterstreik

Die Rathenau-Demonstration in Dortmund am 24. Juni 1922

In ganz Dortmund herrschten am 24. Juni die roten Fahnen. Die ...

Die Sozialdemokratie, die zu den Arrangements der Kundgebung ...

erst aus fastpolitischen Gründen zurückgezogene Polizei, um den ...

Der Sonntagtag gleich einem unheueren Menschenmeer. In dem ...

Schon am ersten Tage gab es in Dortmund keine schwarzweiße ...

Sie hatten sich im Laufe des Tages mehrere große Ägide formiert, ...

Der Vorsteher richteten und handelte auf dem Straßen. Bei einem ...

Am gleichen Abend waren es die Spezialisten oben auf dem ...

Befanntmachung

Befanntmachung der von dem Wahlausschuss für die Kreiswahl in seiner Sitzung am 17. November 1925 geprüften und festgesetzten

Wahlverordnungen

für die am 29. November 1925 stattfindenden Wahlen zum Kreisrat für den Landkreis Merseburg

auf Grund des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage- und Kreisparlamente vom 2. Oktober 1925 (G. S. 123) und der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreisparlamenten vom 14. Oktober 1925 (Min. St. J. d. S. 1925 Nr. 44).

Der Wahlausschuss hat folgende Wahlverordnungen für die Kreisparlamentwahl zugelassen und die Reihenfolge mit nachstehender Nummerierung festgesetzt:

- 1. Parteienliste:**
 - Sozialdemokratische Partei Deutschlands.**
 1. Behold, Subwig, Werftmaschinenbau, Schützen, Lindenstr. 5
 2. Haug, Friedrich, Kaufmann, Neu-Köthen, Mittelstr. 22
 3. Kuhlmann, Paul, Angestellter, Köpplien, Nr. 30
 4. Schmidt, Willi, Bergemeister, Schiettau, Lauchstädter Straße 31
 5. Verbig, Otto, Tischler, Papitz, Schulstraße 5
 6. Häbde, Anna, Gehilfin, Scheffels, Bismarckstraße 2a
 7. Röhre, Louis, Maurer, Weiden Nr. 9
 8. Theuerlein, Karl, Steinsetzer, Wehlitz, Schulstraße 17
 9. Dörfel, Ernst, Handelsmann, Schallstadt, Eisenbahnstraße
 10. Heiger, Richard, Maurer, Hohenmeiden Nr. 22
 11. Weidrich, Karl, Lehrer, Groß-Godulau
 12. Richter, Hermann, Maurer, Fiedrich Nr. 26
 13. Stricker, Marie, Ehefrau, Frankeleben
 14. Richter, Reinhold, Amtsvorsteher, Mühlstein
 15. Böhlend, Alfred, Bergemeister, Verbig, Merseburger Straße 2
 16. Hebbend, Guitano, Werfmeister, Neu-Köthen, Heimgeweg 5
 17. Schum, Karl, Kaufmann, Faldorf, Leichstraße 3a
 18. Warr, Guitano, Zimmerer, Wehlitz, Ermittler Straße 33
 19. Berth, Ernst, Schmied, Faldorf Nr. 45
 20. Häfel, Karl, Arbeiter, Papitz, Schulstraße 16
 21. Voigt, August, Zimmerer, Wehlitz Nr. 38
 22. Sordas, Maxim, Bergemeister, Dörteuna, Siedlung 22
 23. Sauer, Richard, Arbeiter, Veitau-Cedobitz, Schillerstraße 12
 24. Leubold, Karl, Amtsvorsteher, Faldorf, Faldorf Nr. 27
 25. Schneider, Richard, Kordmacher, Deblitz Nr. 12
 26. Thäring, Otto, Maurer, Wehlitz
 27. Michelmann, Guitano, Grubenarbeiter, Mühlstein.
 - Kommunistische Partei.**
 1. Müller, Bernhard, Maurer, Nieder-Beuna, Naumburger Str. 31
 2. Winkler, Ernst, Lagerhalter, Lützen, Wilhelmstraße 12
 3. Schmidt, Paul, Kaufmann, Faldorf, Faldorf Straße 6a
 4. Reinhold, Reinhold, Gemeindevorsteher, Godulau Nr. 28
 5. Richter, Hermann, Arbeiter, Scheffels, Anhaltstraße 3
 6. Häfel, Karl, Maurer, Cedobitz bei Schkopau Nr. 32
 7. Rosenkranz, Paul, Maurer, Bad Lauchstädt, Strohof 129
 8. Vange, Emil, Maurer, Deblitz a. S., Rindweg 45
 9. Sauer, Otto, Vagabund, Altanitzsch, Schulstraße 7
 10. Sauer, Emil, Hausfrau, Scheffels, Ringstraße 1
 11. Rohmann, Reinhold, Steinsetzer, Lützen, Siedlungsstraße 5
 12. Witzgraf, Otto, Tischler, Deblitz a. S., Faldorf Straße 56
- 2. Parteienliste:**
 - Nationalistische Partei.**
 1. Müller, Karl, Arbeiter, Nieder-Beuna, Naumburger Chaussee 31
 2. Pfeilschneider, August, Arbeiter, Groß-Beuna Nr. 78
 3. Niederhansen, Otto, Arbeiter, Faldorf, Rindweg 52
 4. Lehrling, Karl, Lagerhalter, Frankeleben, Faldorfstraße 15
 5. Ringler, Rudolf, Bauarbeiter, Mühlstein, Dorfstraße 46
 6. Jannide, Theodor, Bauarbeiter, Schladobach Nr. 97
 7. Richter, Wilhelm, Lagerhalter, Faldorf Nr. 26
 8. Häfel, Karl, Hausfrau, Altanitzsch, Faldorfstraße 9
 9. Häfel, Karl, Hausfrau, Altanitzsch, Faldorfstraße 9
 10. Häfel, Karl, Hausfrau, Altanitzsch, Faldorfstraße 9
 11. Häfel, Karl, Hausfrau, Altanitzsch, Faldorfstraße 9
 12. Häfel, Karl, Hausfrau, Altanitzsch, Faldorfstraße 9
 - 3. Parteienliste:**
 - Deutsche Demokratische Partei.**
 1. Cornelis, Cornelius, Kommunalbeamter, Neu-Köthen, Sachfenstr. 1
 2. Friede, August, Malermeister, Faldorf
 3. Kuhlmann, Friedrich, Bad Lauchstädt
 4. Knecht, Wilhelm, Bergemeister, Wehlitz, Faldorfstraße 3
 5. Sauer, Ludwig, Hausfrau, Schladobach
 6. Häfel, August, Stellmacheremeister, Groß-Gräfenberg
 7. Haaring, Gustav, Bauarbeiter, Papitz, Leipziger Straße 3
 8. Jannide, Theodor, Bauarbeiter, Papitz, Leipziger Straße 3
 9. Richter, Wilhelm, Lagerhalter, Faldorf
 10. Warr, Guitano, Zimmerer, Wehlitz, Ermittler Straße 33
 11. Schulze, Franz, Eisenbahnsekretär, Groß-Beuna.
 - Nationale Einheitsliste.**
 1. Niels, Karl, Gutsbesitzer, Starfiedel
 2. Richter, Paul, Gutsbesitzer, Grendau
 3. Meyer, Karl, Bäckermeister, Lützen
 4. Dr. v. Richter, Gerhard, Rittergutsbesitzer, Deblitz a. S.
 5. Büsch, Paul, Gutsbesitzer, Burglinden
 6. Heiser, Willi, Zwednerbandenarbeiter, Neu-Köthen, Reichstr. 45
 7. Heigel, Albert, Postkassensührer, Wehlitz
 8. v. Tschaba, Ethio, Bergwerks-Belehrer a. D., Schkopau
 9. Reible, Joseph, Diplom-Ingenieur, Neu-Köthen, Wehlitzstraße 18
 10. Warr, Alfred, Brauereibesitzer und Landwirt, Burglindenau
 11. Kuhlmann, Wilhelm, Lehrer, Schallstadt
 12. Brode, Otto, Sanftmischer, Bad Lauchstädt
 13. Fried, Adolf, Metzger, Bad Lauchstädt
 14. Jörn, Walter, Gärtnerbesitzer, Scheffels
 15. Wittenberger, Ernst, Glasermeister, Lützen
 16. Wehlitz, Hugo, Gutsbesitzer, Cursdorf
 17. Schumacher, Kurt, Kaufm. Angestellter, Bad Lauchstädt
 18. Barthold, Rudolf, Landwirt, Wehlitz
 19. Graf v. Walden, Hermann, Herr, Rittergutsbesitzer, Untertrethfeld
 20. Hensch, Wilhelm, Hauptlehrer, Altanitzsch
 21. Hüfse, Kurt, Gutsbesitzer, Wünschendorf
 22. Lomme, Paul, Landwirt, Gostau
 23. Herr, Otto, Landwirt, Groß-Beuna
 24. Richter, Richard, Bergwerks-Belehrer, Deblitz-Schleifentw.
 25. Degen, Karl, Lehrer, Döllau
 26. Scheibing, Otto, Bergwerksdirektor, Schiettau
 27. Otto, Friedrich, Rittergutsbesitzer, Schiettau
 28. Schlegel, Richard, Gutsbesitzer, Groß-Gräfenberg
 29. Häfel, Karl, Hausfrau, Altanitzsch, Faldorfstraße 9
 30. Ochs, Paul, Gutsbesitzer, Groß-Schorfopp
 31. Bunge, Erich, Mühlbesitzer, Faldorf
 32. Hindorf, Friedrich, Gutsbesitzer, Niedermünch.

- 18. Parteienliste:**
 - Christliche Vereinigung.**
 1. Juge, Heinrich, Maurermeister, Scheffels
 2. Kuhlmann, August, Innungsoberrichter, Lauchstädt
 3. Sauer, Erich, Kaufm. Angestellter, Köpplien
 4. Scheffels, Otto, Kolonialwarenhändler, Groß-Beuna
 5. Häfel, Karl, Hausfrau, Altanitzsch, Faldorfstraße 9
 6. Wenzel, Gustav, Tischler, Papitz
 7. Göbe, Emil, Landwirt, Wehlitz
 8. Franke, Ernst, Stellmacheremeister, Grendau
 9. Künze, Richard, Landwirt und Galtwirt, Groß-Beuna
 10. Häfel, Otto, Schmiedemeister, Scheffels
 11. Richter, Hermann, Arbeiter, Wehlitz
 12. Birnittel, Fritz, Bäckermeister, Köpplien
 13. Lauterbach, Kurt, Bäckermeister, Horburg
 14. Schmidt, Otto, Bäckermeister, Scheffels
 15. Haube, Bruno, Tischlermeister, Papitz
 16. Schmidt, Otto, Gutsbesitzer, Altanitzsch
 17. Zimmermann, Otto, Buchhändler, Scheffels.

Merseburg, den 17. November 1925.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung
Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Sperrstunden in den restlichen Stunden bis 12 Uhr

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgeg., G.m.b.H.
Unsere Spartasse
arbeitet im Sinne der Gemeinwirtschaft
Einlagen sind wertbeständig
Zinssatz: 7,9 u. 11 Prozent 3887

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inzerenten

Herren-, Knaben- und Arbeits-Kleidung
Bekleidungshaus
kauft man billig und doch gut im
Johann Heun
66 Leipziger Straße 66

Alzak
Schuhhandelsgeesam. b.H.
Steinweg 47
Luth. Landwehr.

Möbel
aller Art, gute solide Arbeit, kauft man stets preiswert bei
Max Jungblut
Albrechtstr. 37

Zuverlässige Uhren
kaufen Sie bei größter Auswahl unter streng reeller Garantie nur bei
Amand Weiss
Halle a. S.
Reinischmieden 6 gegenüber Weg Wiesel

Paul Landgraf
Schmerstr. 17/18
Schuhwaren aller Art Herren- u. Knabengarderobe Arbeiterbekleidung
Flugplatz-Kasino
Der beliebte Ausflugsort aller Genossen
Max Weber
7 Minuten von der Einflughalle der Linie 1

Mitteldutsche Textil-Gesellschaft mbH.
Halle a. d. Saale, Große Ulrichstraße 12 u. 52

Auf Teilzahlung
Herren- u. Damengarderobe Herbst- und Wintermäntel
B. Ehrenreich & Co.
Gr. Ulrichstr. 54 II

Trinkt
Dauer-pasteurisierte Milch aus der Molkerei Merbitz in Halle
Freizeitbedient, 8, Telefon 5612

Der arbeitende Mann — Die iparane Frau —
kaufen Sie
Wäsche u. Kleidung
Truberts
Hier erhalten Sie alles, was Sie brauchen, billig und gut

Trauringe, Gefäß- u. Artikel
in Gold, Silber und Nickel
Oskar Grzimbke
Inhaber: Alfred Koch
Goldschmied
Samborstr. 7

Möbel aller Art
in all. Preislagen u. größt. Auswahl
G. Schaible
Gr. Märkerstr. 26 Gr. Märkerstr. 26

Trikotagen
kaufen Sie bei
J. Glücksmann
Markt 6

Uhren, Gold- und Silberwaren
reell und billig beim Uhrmacher
Max Heugebauer
Neumarktstr. 12
Reparatur, sofort
10 Proz. Rabatt

26 Jahre besteht die Firma
Otto Kramer Halle a. d. S.
Qualität verbunden mit den Verbrauchsgütern - Fabrikaten sind in Halle und Umgebung als erstklassig bekannt
arben-Kramer
Tel. 1365
Mittelwoche 9.10

Winter-Wäsche und Unterbekleidung, Socken, Strümpfe
Lipper
Franz Reinhardt
21 St. Beuna-21
21 Hauptstraße

Schokoladen, Kaffee
jeweils sämtliche Schokoladen kaufen
Willy Boigt
Halle a. d. S., Schmerstr. 16
Schokoladen-Großhandlung

Gut und preiswert kauft man in der
Tabak-Güte
bei
Kurt Hafermalz
Tel. 3439 Merseburger Str. 20

Defen Herde
Küchengeräte, Koche
Christian Glaser
Leipziger Straße 86
Große Klausstraße 24

Herrenhüte Mützen Pelzwaren
J. Kaliga
Mützenfabrik
Gr. Klausstr. 35, Telefon 4436

Tabakwaren
kaufen Sie am besten bei
M. Jasper
Leipziger Str. 96

Schmwaren - Spezialgeschäft
Otto Bloß
Kleine Ulrichstraße 2 gegenüber Möbel-Hauptmann
empfehlen kein reichhaltiges Lager in erstklassigen Schmwaren für Kunst, Sport u. Straße zu mäßigen Preisen
Eigene Mal- und Reparaturwerkstatt

Das vornehmste Spezialgeschäft für Herren-Garderobe auf Teilzahlung
Neumarktstr. 6 Neumarktstr. 6

Schuhhof
Neumarktstr. 3/4 Neumarktstr. 3/4
empfehlen sich seinen werten Kunden

Kolonialwaren Spirituosen
Spezialität:
Gebr. Kaffees Paul Richter
Steinweg

Wer ist Mettner?

Das vornehmste Spezialgeschäft für Herren-Garderobe auf Teilzahlung
Neumarktstr. 6 Neumarktstr. 6